

Dienstag, 28. Mai 2002 Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Vitus Locher, Standesvizepräsident Hans Telli
Protokollführer:	Peter Gadiant
Präsenz:	anwesend 120 Mitglieder
Sitzungsbeginn:	08.15 Uhr

Wahl der Vorberatungskommissionen

Standespräsident Locher: Wir haben auf der Traktandenliste die Wahl der Vorberatungskommissionen erwähnt. Das Traktandum entfällt, da bekanntlich in der Oktober-Session, kein neues Sachgeschäft ansteht.

Landesbericht 2001, Fortsetzung der Detailberatung

*Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement,
Seite 107*

Schütz: Ich spreche zu b) Wohnheime der kantonalen Schulen. Aus dem Landesbericht geht hervor, dass das Bedürfnis für das Konvikt nicht mehr 100prozentig besteht, es geht nämlich laufend zurück. Die Frage ist in diesem Zusammenhang, sind allenfalls von der Regierung, bzw. von der Verwaltung entsprechende Überlegungen gemacht worden, um allenfalls das Konvikt anders zu nutzen. Meines Wissens hat auch die Casa Florentini, bezüglich Belegung ihrer Unterkunftsplätze erhebliche Probleme.

Bucher: Ich spreche zu e) Lehrverhältnisse. Im Berichtsjahr wurden 465 Lehrverträge aufgelöst. Wenn man diese Zahl mit derjenigen vor 3 Jahren vergleicht, so ist ein kontinuierlicher leichter Anstieg von Lehrvertragsauflösungen feststellbar. Hinter 465 Lehrvertragsauflösungen stehen 465 Einzelgeschichten, bei denen sich nicht selten Enttäuschung, Frust und persönliches Scheitern bemerkbar machen.

- Muss das wirklich sein?
- Wo und wie könnte angesetzt werden, damit sich die Zahl der Lehrvertragsauflösungen wieder reduziert?
- Kann die Berufsberatung überhaupt genügend Zeit investieren, um auf den einzelnen Schüler oder die einzelne Schülerin individuell und genügend umfassend einzugehen?
- Erhält der Schüler, die Schülerin überhaupt genügend Zeit, verschiedene Betriebe, Ausbildungsplätze, richtig anzuschauen, sei dies seitens eines Lehrbetriebs und oder seitens der Schule?
- Ist Regierungsrat Lardi nicht auch der Ansicht, dass diese kontinuierlich steigende Zahl der Lehrvertragsauflösungen genügend Anlass dazu geben, eine Überprüfung der Situation ins Auge zu fassen?

Crapp: Ich äussere mich ebenfalls zur Seite 114, erster Teil, Berufsschauen. Im Speziellen komme ich auf die Berufs-

schau EMBA auf der Lenzerheide zu sprechen. Ich hatte die Ehre, dort das Präsidium zu führen. Rückblickend, sie fand ja im Herbst 2001 statt, kann gesagt werden, dass dieser Berufsschau ein voller Erfolg beschieden war, wurden doch rund 60 verschiedene Berufe präsentiert und die Schülerinnen konnten praxisnah und unter direkter Mitwirkung, diese Berufsfelder kennen lernen. Hier möchte ich erwähnen, dass die Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung hervorragend war, diese funktionierte einwandfrei. Ich möchte mich gleichzeitig auch für die finanzielle Unterstützung dieser Berufsschau bestens bedanken. Denn eine Schau in dieser Art, mit einer gewissen Professionalität, ist mit entsprechenden Kosten verbunden. Der Beitrag des Kantons, war ein sehr wichtiger Beitrag. Es war aber auch für das Gewerbe eine hervorragende Plattform, sich zu präsentieren. Es hat diese Berufsschau denn auch mit einem riesigen Engagement durchgezogen. Nochmals besten Dank.

Looser: Ich spreche ebenfalls zu e) Lehrverhältnisse. In Zukunft müssen auch Mediamatikerinnen und Mediamatiker die Berufsschule ausserhalb des Kantons besuchen, da in unserem Kanton zu wenig Lehrstellen zur Verfügung gestellt werden. Die Nachfrage für diesen neuen Beruf ist bei den Jugendlichen sehr gross und nur ganz wenige erhalten leider eine Lehrstelle. Was kann der Kanton unternehmen bzw. welche Anreize kann er schaffen, damit dieser neue Beruf mit grosser Zukunft in unserem Kanton vermehrt erlernt werden kann?

Feltscher: Ich möchte zu D) höhere Bildungsfragen sprechen. Auf Seite 109, im ersten Bereich, Amt für höhere Bildungsfragen ist zu lesen: Die Umsetzung der Bologna Deklaration ist für die Positionierung der Schweizer Fachhochschulen im In- und Ausland grundlegend. Dabei erweist sich die Einordnung der Fachhochschulabschlüsse zwischen dem Bachelor-Degree und dem Master-Degree als schwierig.

Nachdem gestern Abend über Pisa geredet wurde, komme ich nun noch zu Bologna. Bachelor- und Master-Degree, diese englischen Begriffe dürften in Zukunft auf universitärer wie auf Fachhochschulstufe eine gewisse Bedeutung erhalten. Die Entwicklung zu den amerikanischen Abschlussgraden ist auf Hochschulebene und Universitäten absehbar. Der schweizerische Ausbildungsweg über Berufslehre und Berufsmatura hat aber gegenüber den amerikanischen Ausbildungsgängen mit Highschool und College unbestrittene Vorteile.

- Inwiefern setzt sich die Bündner Regierung für eine Anrechnung dieses international anerkannten Bildungsweges beim Fachhochschul-Bachelor ein?

- Unterstützt die Bündner Regierung die Bestrebungen von Fachhochschulen den Bachelor von Fachhochschulen auf Basis einer Berufsmatura nach vier bis fünf Semestern, statt nach sechs Semestern erreichen zu können?
- Setzt sich die Regierung in dieser Frage für die Chancengleichheit zwischen Fachhochschulen und Universitäten ein, indem Sie die Erfahrung in der Praxis unterstützt?

Das wäre meine Fragen zu diesen beiden Abschlussgraden. Dann hätte ich eine weitere Frage zu der Pädagogischen Fachhochschule auf Seite 113. Oft wurde im Zusammenhang mit dem Hochschulplatz Chur die Koordination zwischen den unabhängigen Fachhochschulen HTW und PFH betont.

- Welche Koordinationsprojekte mit dem Ziel der Stärkung des Fachhochschulstandortes und der Synergienutzung sind zwischen den beiden Schulen bis heute aufgegleist worden?

Bucher: Ich spreche zu c) Bündner Kunstmuseum auf Seite 122, cc) Ausstellungen, Veranstaltungen, Besucherinnen und zu d) Kantonsbibliothek auf Seite 123, cc) Benutzung.

Zu Kunstmuseum Besucherinnen: Bezüglich der Besucherzahlen ist ein markanter Rückgang der Besucherinnen und Besucher feststellbar. Die Gründe dafür wurden im Landesbericht dargelegt. Trotzdem erscheint mir der Rückgang von 10'000 Besucherinnen zu gross.

- Was gedenkt die Regierung konkret gegen diese unerfreuliche Situation zu unternehmen?
- Ist die Regierung nicht auch der Ansicht, dass die Ausstellungen zukünftig so ausgestaltet werden sollten, dass eine breitere Bevölkerungsschicht angesprochen wird?

Zu Kantonsbibliothek, cc) Benutzung. Unter diesem Titel ist im Landesbericht zu lesen, dass sich die Schliessung der Bibliothek am Montag erwartungsgemäss auf die Besucherzahl ausgewirkt habe. Ich zitiere folgenden Absatz: „Deutlich bemerkbar machte sich die Einschränkung der Öffnungszeiten im Studienbereich, wo der Montag als Arbeitstag entfiel und die Benutzung um 13 Prozent einbrach. Betroffen sind Kunden, die Staatsarchiv und Kantonsbibliothek gleichzeitig nutzen.“ Ende Zitat.

Meine Fragen:

Ist der 13prozentige Benutzerrückgang nur auf die Reduktion der Öffnungszeiten zurückzuführen oder gibt es andere Gründe dafür? Wenn nein, müsste nicht erneut überprüft werden, die Bibliothek auch montags wieder geöffnet zu halten?

Farrér: Ich spreche zu d) Medienwesen, Seite 119. In diesem Abschnitt ist von der Tätigkeit der Arbeitsgruppe bzw. Kommission Presse Rumantscha die Rede. Im Schlussbericht wurden drei Beschlüsse oder Zielsetzungen formuliert:

1. Die Absicherung der publizistischen Gebiete,
2. eine koordinierte Imagewerbung für romanische Zeitungen und
3. Massnahmen zur Verbreitung der romanischen Pressezeugnisse.

Nun zu meinen Fragen:

1. Ist, um diese Zielsetzungen zu erreichen, eine Aufstockung der ANR-Redaktion notwendig? Ist das Departement in dieser Angelegenheit beim Bund vorstellig geworden. Wenn ja, wovon ich ausgehe, können Sie erste Resultate bekannt geben?
2. Verbilligung der Zeitungstransporttaxen: Im November 2001 wurde das EKUD meines Wissens in dieser Angelegenheit beim Departement Leuenberger vorstellig. Auch hier meine Frage, wie stellt sich der Bund zu die-

sem Anliegen? Vielleicht können Sie auch einige Ausführungen in gleicher Angelegenheit zur Revision der Postverordnung des Bundes machen.

Regierungspräsident Lardi: Grossrat Schütz erkundigt sich, ob man beim Konvikt ähnliche Überlegungen anstellt, wie bei der Casa Florentini. Die Antwort ist nein. Wir sehen uns nicht in der Rolle derjenigen, die eine Institution in der Stadt konkurrenzieren wollen. Wir haben im Moment im Konvikt schwankende Zahlen, aber es ist durchaus möglich, dass sich diese Zahlen stabilisieren.

Grossrätin Bucher fragt drei Sachen im Zusammenhang mit der Berufsbildung und Berufsberatung. Zur ersten Frage, ob die Berufsberatung überhaupt genügend Zeit investieren könne, um auf einzelne Schülerinnen und Schüler individuell und genügend umfassend einzugehen, gilt es festzustellen, dass es nicht primäre Aufgabe der Berufsberatung ist, Berufsschülerinnen und Berufsschüler während der Lehre zu begleiten. Dies ist Aufgabe der Lehrerschaft und des Berufsschulinspektorates. Im Falle von Berufswahlproblemen oder von persönlichen Problemen, welche eine psychologische Abklärung benötigen, wird die Berufsberatung beigezogen. Diese Arbeit konnte seit der Zusammenführung von Berufsbildung und Berufsberatung im Jahre 2000 intensiviert und vertieft werden.

Es muss jedoch festgehalten werden, dass vor allem im Bereiche des Berufsinspektorates aber auch in der Berufsberatung immer weniger Zeit für solche Fälle übrigbleibt. Es ist auch festzuhalten, dass das Berufsinspektorat nicht mehr regelmässige Besuche in Lehrbetrieben vornehmen kann, da dies aus Arbeitskapazitätsgründen nicht mehr möglich ist. Die Anzahl der Beratungen stiegen in den letzten Jahren an. Eine Ausdehnung der Beratungsintensität wäre sinnvoll, ist aber im jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Die Frage, ob der Schüler und die Schülerin genügend Zeit erhält, verschiedene Betriebe, Ausbildungsplätze, richtig anzuschauen, ist mit „jein“ zu beantworten. In der Regel ist es so, dass die Schülerinnen und Schüler über ein recht breites Angebot an Schnupperlehren verfügen. Im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses 2 wurden Berufsschauen organisiert, und es werden auch weiterhin Berufsschauen durchgeführt werden, welche es den Jugendlichen ermöglichen, sich frühzeitig mit dem Berufswahlprozess auseinander zu setzen. Hier kann festgehalten werden, dass die Betriebe und Verbände eine sehr aktive Rolle einnehmen, um genügend Schnupperplätze zur Verfügung zu stellen.

Diesbezüglich kann ich die Blumen, die Grossrat Crapp überbracht hat, wieder zurückgeben. Es ist in der Tat so, dass in diesem Bereiche die Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden und unseren Ämtern ausgezeichnet funktioniert. Gerade die Berufsschau Lenzerheide war beispielhaft für diese Zusammenarbeit. Es geht nicht, wenn der Kanton alleine etwas macht und wenn die Verbände alleine etwas unternehmen, dann haben sie selber manchmal nicht genügend Kapazität, um die Beratungen durchzuführen, zusammen jedoch geht es gut – die Erfolge dieser Berufsschauen sind eindrücklich.

Von Seiten der Schule ist vor allem im Bereich der Sekundarschule eine uneinheitliche Haltung festzustellen. Es gibt hier grosse Unterschiede. Es gibt Schulen, welche es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, problemlos ihre Schnupperlehre während des Schuljahres zu absolvieren. Andere Schulen wiederum lassen das nur eingeschränkt zu, so dass die Schnupperlehrzeit sich auf die Ferien beschränkt. Dies ist ein Problem, das angegangen werden muss.

Grossrätin Bucher, Sie fragen mich schliesslich, ob ich nicht auch der Ansicht sei, dass diese kontinuierlich steigenden Zahlen der Lehrvertragsauflösungen genügend Anlass dazu geben würden, eine Überprüfung der Situation ins Auge zu fassen. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass ich diese Entwicklung seit meinem Amtsantritt mit Sorge verfolge und das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung angehalten habe, in diesem Bereiche möglichst aktiv zu sein. Eine intensive Betreuung der Lehrlinge während der Lehre, aber auch eine bessere Berufsvorbereitung vor der Lehre würden mit Sicherheit dazu beitragen, dass die Zahl der Lehrvertragsauflösungszahlen sinken würde. Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung kann in etwa die gleich hohe Zahl an Auflösungen durch Beratung verhindern. Ohne Vermittlung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung würde mit grosser Wahrscheinlichkeit die Zahl höher sein. In allgemeiner Hinsicht gilt es jedoch festzuhalten, dass bei den meisten dieser Vertragsauflösungen ein neuer Vertragsabschluss möglich wird.

Grossrat Looser erkundigt sich nach der Situation für die Mediamatiker. Die Mediamatikerlehre dauert mit einem Pflichtunterricht von zwei Tagen inklusive BMS-Unterricht drei Jahre. Wie die Erfahrung zeigt, bringt diese Situation für Auszubildende und Lehrbetriebe eine grosse Belastung und Herausforderung. Aus diesem Grunde hat die Ausbildungsbereitschaft bei den Lehrbetrieben schnell nachgelassen. So sind die Lehrlingszahlen trotz Anstrengungen des Amtes von 1999 mit acht Lehrlingen auf Lehrbeginn 2003 auf drei Lehrverhältnisse zurückgegangen. Da der Bund sich weigert, eine Subventionierung von Klassen mit weniger als fünf Lehrlingen vorzunehmen, würde die Ausbildung im Kanton für den Kanton eine allzu grosse finanzielle Belastung bedeuten. Dies zwang uns, diese Lehrlinge ausserhalb des Kantons zu schulen.

Ab 2003 wird eine Mediamatikerausbildung mit einer Lehrzeit von vier Jahren möglich sein. Diese Ausbildung läuft in Form eines Pilotprojektes bereits in den Kantonen Luzern und Aargau und sie soll ab 2003/2004 in anderen Kantonen auch möglich werden.

Das Amt arbeitet in einer Arbeitsgruppe Mediamatiker Ostschweiz mit und wird sich dem noch aufzubauenden Ausbildungszentrum und Schulort für Mediamatiker mit einer vierjährigen Lehrzeit gegebenenfalls anschliessen.

Schliesslich halte ich fest, dass die Entwicklung des Berufes Mediamatiker noch nicht abgeschlossen ist. So werden in den nächsten Jahren andere verwandte Berufe zusammengefasst und mit einer anderen Berufsbezeichnung in einem geänderten Ausbildungsreglement neue Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen.

Grossrat Feltscher erkundigt sich nach unserer Haltung im Zusammenhang mit der Problematik Bachelor- und Master-Degree. Was er ausgeführt hat, bezüglich Wichtigkeit dieser zwei Begriffe, bzw. Wichtigkeit der Ausbildung, die hinter diesen zwei Begriffen steht, ist richtig. Es ist davon auszugehen, dass wir in Zukunft mit diesen zwei Begriffen auch auf Hochschulbasis werden arbeiten müssen. Die Frage von Grossrat Feltscher betreffend künftiger Dauer der Bachelor-Ausbildung kann nicht einfach isoliert betrachtet werden. Fragen im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess betreffen am Hochschulstandort Graubünden die Studienangebote in den Bereichen Technik, Ökonomie, Pädagogik und Theologie. Die betroffenen Hochschulen werden ihre Studiengänge auf die Anforderungen des Bologna-Prozesses ausrichten. Der Bündner Erziehungsbereich hat sich in diesem Zusammenhang bereits in Luzern an der Bologna-Tagung

2002, der Konferenz der Fachhochschulen, direkt informiert. An dieser Tagung wurde festgestellt, dass BBT und DBK die Fachhochschulen ebenfalls Masterstudiengänge anbieten können. Dies bedingt jedoch Änderungen beim Fachhochschulgesetz, bei der Fachhochschulvereinbarung sowie die Einführung des Kreditsystems ACDS. Um was geht es bei diesem ACDS? Es geht darum, dass es an sich keine Rolle spielt, wo man sich Punkte holt. Man kann gewisse Ausbildungen auch im Ausland machen, die dann hier anerkannt werden. Wir als kleines Land sind natürlich daran interessiert, dass unsere Ausbildungen anderweitig auch gebraucht werden können.

In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Wir gehen davon aus, dass auch an den Fachhochschulen die Möglichkeit bestehen wird, Masterstudien zu absolvieren, dies aber eher die Ausnahme bleiben wird, also soll hier die Verbesserung dieser Ausbildung nicht vorangetrieben werden, hingegen werden wir dort, wo wir diese Masterstudien anbieten, schweizweit führend sein.

Grossrat Feltscher fragt, wie die Zusammenarbeit zwischen HTW, der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, und PFH, der Pädagogischen Fachhochschule, organisiert ist oder was man bisher unternommen hat. Das im Zusammenhang mit der Umsetzung des Postulates Zanolari im Auftrag von uns erarbeitete ICT-Entwicklungskonzept Graubünden 2003 bis 2007 sieht vor, ein Koordinations- und Kompetenzzentrum, also ein ICT-Zentrum von HTW und PFH aufzubauen. Es ist vorgesehen, diesen Bericht und das darin enthaltene ICT-Entwicklungskonzept der Regierung demnächst zur Kenntnis zu bringen. Es braucht aber noch ein paar Feinabstimmungen. Diese bestehen darin, dass unsere Ämter im Finanzdepartement auch die Finanzen abklären werden. Es läuft also etwas. Wir sind zuversichtlich, dass die Zusammenarbeit wenigstens in diesem Bereich sehr erfolgreich sein kann.

Grossrätin Bucher ist besorgt über die sinkende Zahl der Besucherinnen und Besucher im Bündner Kunstmuseum. Sehen Sie, Besucherzahlen sind keine konstanten Grössen, sondern enorm abhängig von unwägbareren Faktoren wie Thematik der Ausstellung, Wetter, Konkurrenzsituation und von anderem mehr. Wir werden diese Angelegenheit verfolgen. Wir werden dafür sorgen, dass die Besucherzahl nicht sinkt und versuchen, im Fünfjahresschnitt auf hohem Niveau zu bleiben. Die Feststellung, dass die Trägerschaft für die Ausstellungen und Programmgestaltung beim Bündner Kunstverein liegen, ist ebenfalls wichtig. Die Besucherzahlen können wir alle selber positiv beeinflussen, indem wir uns nämlich hin und wieder zu einem Besuch im Bündner Kunstmuseum aufraffen. Ich kann Sie deshalb alle herzlich einladen, ab dem 22. Juni die sicher wunderbare und interessante Ausstellung „Alois Carigiet, die früheren Jahre“ zu besichtigen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir der Besucherzahl grosse Wichtigkeit einräumen.

Ich habe beim diesjährigen Gespräch mit dem Museumsdirektor die Erreichung einer bestimmten Besucherzahl als Ziel des Jahres 2002 vereinbart und werde das Gleiche auch für das Jahr 2003 machen.

Weiter erkundigt sich Frau Bucher im Zusammenhang mit dem 13prozentigen Benutzerrückgang im Bereiche der Kantonsbibliothek. Die Frage ist, ob der 13prozentige Benutzerrückgang nur auf die Reduktion der Öffnungszeiten zurückzuführen sei oder ob es auch andere Gründe dafür gebe. Die Statistik der Kantonsbibliothek unterscheidet zwischen Ausleihen nach Hause und Ausleihen in den Lesesaal. Rückläufig sind nur die Ausleihen in den Lesesaal. Deshalb geht die

Kantonsbibliothek von einem signifikanten Zusammenhang mit der Montagsschliessung aus. Die Montagsschliessung ist aber nicht ausschliesslich für diesen Rückgang verantwortlich. Die Anzahl der Ausleihen in den Lesesaal pro Öffnungstag ist mit minus acht Prozent insgesamt rückläufig. Es muss also weitere Gründe für den Rückgang geben. Diese Gründe sind noch nicht analysiert.

Grossrat Farrer spricht die ANR-Problematik und die Problematik der Verbilligung der Postzustellung an. In der Tat sind wir beim Bund vorstellig geworden, um die ANR aufzustoeken. Es ist aber so, dass man uns beim Bund auf das Sprachengesetz verweist und das könnte noch eine Weile dauern. Deshalb sind wir im Zusammenhang mit der Verbilligung der Postzustellung erneut tätig geworden. Im Rahmen einer Vernehmlassung haben wir angeregt, dass dort entscheidende Änderungen vorgenommen werden. Es kann doch nicht sein, dass zwei Drittel dieser Gelder der Verbilligung der Zustellung grosser Zeitungen zukommen. Es kann nicht sein, dass Zeitungen wie der Beobachter – eine der erfolgreichsten Zeitungen – Gelder absahnen und kleinere Zeitungen, weil sie nicht auf eine grosse Anzahl Abonnentinnen und Abonnenten aufweisen, leer ausgehen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht und angeregt, dass man hier einen Wechsel vornimmt.

Pfenninger: Ich spreche zu c) Landschaft auf Seite 128. Hier können wir lesen, dass im Bereich Landschaft im Berichtsjahr Aktivitäten im Zusammenhang mit Grossraumschutzgebieten im Zentrum standen. Für das Gebiet Adula wurde eine Machbarkeitsstudie für die Schaffung eines Nationalparks in Auftrag gegeben. Nun konnte man gestern auch in der Presse lesen, ich zitiere hier aus dem Bündner Tagblatt: „Je eine Million Franken haben Pro Natura Schweiz und Pro Natura Graubünden für die Schaffung eines neuen Nationalparks respektive Naturparks bereitgestellt und plötzlich wird überall laut nachgedacht.“ Ende Zitat. Nun meine Frage damit nicht nur laut nachgedacht, sondern vielleicht auch gehandelt wird:

- Wie ist der Stand dieser Machbarkeitsstudie und
- was gedenkt die Regierung oder der Kanton zu tun, bzw. wie will sie dieses Projekt positionieren, damit auch Aussicht besteht, dass dieses Gebiet Adula zum Zug kommen könnte.

Looser: Ich spreche zu b) Verwertung und Entsorgung. In unserem Kanton hat es 27 Sortierplätze für die Aufbereitung von Bauabfällen. Die Aufbereitung dieser Bauabfälle funktioniert. Wie ist es aber mit dem Absatz dieses aufbereiteten Materials? Wie unterstützt der Kanton, dass vermehrt dieses recycelte Bauabfallmaterial wieder eingesetzt wird?

Regierungspräsident Lardi: Der aktuelle Stand des Projektes National- und Regionalpark: Grossrat Pfenninger, über diese Angelegenheit könnte Grossrat Keller, wenn er hier wäre, am besten Auskunft geben, denn es handelt sich um ein regionales Grossprojekt. Betroffen von diesem Nationalparkprojekt Adula sind vier Regionen in den Kantonen Tessin und Graubünden mit insgesamt 15 Gemeinden. Das in der Zwischenzeit eingesetzte Leitungsgremium hat eine Machbarkeitsstudie für einen Nationalpark im Gebiet Adula in Auftrag gegeben. Parallel dazu erörtern in den beiden betroffenen Sprachregionen vier unabhängige, thematisch ausgerichtete Arbeitsgruppen alle anstehenden Probleme und Lösungsansätze. Gestützt auf die Ergebnisse dieser Arbeiten sowie auf die sich in Arbeit befindlichen Kriterien des Bundes für neue Nationalparks muss anschliessend die Machbarkeit eines

Parks definitiv beurteilt werden. Wir gehen davon aus, dass hier mit Hochdruck gearbeitet wird. Wir geben uns dort als Kanton ein, wo wir angefragt werden. Wir machen also aktiv mit.

Was unternimmt der Kanton, damit dieses Projekt zum Erfolg wird? Primär ist festzuhalten, dass dieser Park nicht von oben – Bund und oder Kanton – verordnet werden soll, sondern von der Bevölkerung, den Gemeinden und Regionen getragen werden muss. Der Kanton unterstützt zusammen mit dem Kanton Tessin und dem Bund die Machbarkeitstudie mit der Übernahme von 50 Prozent oder 90'000 Franken der anfallenden Kosten. Für den Kanton Graubünden bedeutet das immerhin Aufwendungen im Betrage von 21'600 Franken. Bei der Koordination zwischen den Regionen und dem Bund, welcher letztlich das Label für die Errichtung und Betrieb eines Nationalparks erteilt, spielt der Kanton eine wichtige Rolle. Die Regierung hat zu diesem Zwecke eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich aus allen interessierten Amtsstellen zusammensetzt. Der Kanton wird sich auch bei der bevorstehenden Vernehmlassung zur Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes dafür einsetzen, dass neue National- und Regionalparks realisiert werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Regierung all diesen Projekten und Aktivitäten, sei es im Zusammenhang mit einem Nationalpark Adula, seien es andere Vorhaben wie die zur Diskussion stehenden regionalen Naturparke in Mittelbünden und am Schamserberg, positiv gegenübersteht. Die wichtigen Entscheide aber werden auf der Stufe Bevölkerung und Gemeinden gefällt. Ohne diese Zustimmung wird nichts passieren.

Grossrat Looser spricht die Problematik der 27 Sortierplätze für die Aufarbeitung von Bauabfällen an. Die Fragen sind, wie es mit dem Absatz des aufbereiteten Materials sei und wie der Kanton dieses recycelte Bauabfallmaterial wieder einsetzt, bzw. dessen Einsetzung unterstütze. Ziel des Recyclingkonzepts des Amtes für Umwelt und somit des Betriebs von Sammel- und Sortierplätzen ist in erster Linie die Vermeidung von unnötigem Kiesabbau. Im Grundsatz ist es allerdings eine Frage des Marktes, ob das Recyclingmaterial gegenüber dem abgebauten Kies konkurrenzfähig ist. Das AfU ist mit dem Tiefbauamt des Kantons und mit den Gemeindebauämtern, die Auftraggeberinnen im Strassenbau sind, in engem Kontakt. Die Kontakte beinhalten folgende Ziele:

1. Möglichst viele Anwendungsmöglichkeiten für Recyclingmaterial aufzuzeigen.
2. Dafür zu sorgen, dass bei Ausschreibungen Recyclingmaterial angeboten werden kann.

Das Amt für Umwelt überwacht die Materialflüsse mit den Sammel- und Sortierplatzbetreibern, um rechtzeitig Störungsquellen im Materialkreislauf zu entdecken und zu beheben. Dies war beispielsweise im Jahre 2000 der Fall, als Ausbausphal auf Deponie blieb. Im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung für eine Stelle im Amt für Umwelt wird in diesem Sektor Verstärkung avisiert.

Noi: Vorrei porre una piccola domanda che riguarda il libretto di controllo del dentista scolastico. Nella versione italiana si richiede la firma del padre o del rappresentante legale. Credo che anche la madre svolga un ruolo nell'igiene dentaria o orale del bambino e non vedo perché dovrebbe essere solo il padre a firmare questo formulario. Sarei grata per una rettifica o modifica in questo senso e ribadisco che non si tratta di un puntiglio ma di una questione di principio -

principi che dovremmo incominciare a rispettare nel 2002 senza aspettare necessariamente il 2003.

Koch: Ich möchte noch zurückkommen auf die elektromagnetische Strahlung. Immer mehr Mobilfunkantennen werden in den Wohngebieten montiert. Die nichtionisierenden Strahlen NIS sind für die umliegende Bevölkerung sehr schädlich. Im Berichtsjahr wurden bereits 67 Baugesuche von Mobilfunkantennen auf Anlagegrenzwerte geprüft. Wir wissen ja, dass die Baugesuche von den Gemeinden bewilligt werden. Da es sich hierbei aber um einen gefährlichen Strahlenschutz für die Bevölkerung handelt, habe ich folgende Fragen an die Regierung:

- Sind bisher genügend Messungen gemacht worden?
- Werden die Messwerte in Zukunft in betroffenen Gebieten veröffentlicht?
- Was unternimmt die Regierung gegen diese gefährliche Strahlung?
- Was kann die betroffene Bevölkerung gegen das Aufstellen in Wohngebieten unternehmen?
Wir hören, dass wenn ein Landwirt einen Antennenbau auf seinem Grundstück bewilligt, für die Strahlenschädigung nicht der Betreiber, sondern der Grundstückbesitzer verantwortlich ist.
- Erstellt die Regierung in Zukunft eine Auflistung dieser Anlagen mit Angabe der Grenz- oder der Messwerte als Orientierung für die betroffene Bevölkerung?

Regierungspräsident Lardi: Zuerst eine Antwort auf die Frage von Grossrätin Noi, die ich zweisprachig geben möchte. Sie haben vollkommen recht. Es ist schade, es ist nicht richtig und wir müssen das ändern.

Signora Noi lei ha ragione su tutti i punti, la sua critica è giustificata, dobbiamo fare qualcosa in questo ambito; grazie per averci resi attenti su questo fatto.

Grossrat Koch, ich bin zuerst erschrocken, weil ich zum Thema Vereina nichts weiss. Bezüglich Messungen im Zusammenhang mit den Strahlen weiss ich aber eigentlich auch nicht viel mehr.

Nach dem Stand meines Wissens ist es so, dass die Diskussion, ob die Strahlen gefährlich sind oder nicht, noch nicht zu Ende ist. Es ist für mich nicht vorstellbar, dass man etwas Gefährliches aufstellt, im Wissen, dass es gefährlich ist. Sie behaupten, das sei gefährlich, andere Experten behaupten das Gegenteil. Vermutlich ist es, wie bei allem, eine Frage der Intensität, der Nähe, zu diesen Strahlen.

Was wir unternehmen steht immer im Zusammenhang mit dem Bau und nicht mit dem Betrieb dieser Sendeanlagen. Wenn eine Sendeanlage ausserhalb der Bauzone erstellt werden soll, ist es eine Frage, die im Verfahren Bauen ausserhalb der Bauzone geregelt werden kann. Dann sind wir aufgerufen, diese Fragen zu prüfen.

Dort hingegen, wo im Baugebiet, also innerhalb der Städte und der Dörfer, eine Antenne aufgestellt wird, ist es natürlich eine Frage der lokalen Baubehörden. Wir als Kanton bieten unsere Beratungsdienste an, aber die Entscheidungen werden auf der Ebene Gemeinde gefällt.

Die Gerichte haben festgestellt, dass es nicht angeht, dass eine Gemeinde überhaupt keine Antennen aufstellen lassen will. Wir werden damit leben müssen, wenn wir überall und von überall erreichbar sein wollen, dass es diese Antennen braucht. Ich vertraue im Moment auf die technische Entwicklung und auch auf die Experten, die sagen, dass diese Strahlen – richtig dosiert – nicht gefährlich sind.

Finanz- und Militärdepartement

Jenny: Bereits gestern wurde das Thema Wirtschaftsförderung angesprochen, konkret die Standortförderung des Kantons Graubünden. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, bei uns neue Unternehmen anzusiedeln. Die Unternehmensbesteuerung ist in unserem Kanton jedoch schweizweit eine der höchsten. Dies hält potentielle Interessenten möglicherweise ab, sich hier niederzulassen. Der Präsident des Bündner Gewerbeverbandes forderte im gestern erschienenen Verbandorgan Bündner Gewerbe, dass ein verbessertes Steuerklima für juristische Personen nicht mehr aufgeschoben werden dürfe. In der Tat würde ein steuergünstiges Klima für Unternehmen auch in Graubünden wieder mehr Arbeitsplätze schaffen. Wie beurteilt die Regierung diese Problematik und wo gedenkt man den Hebel anzusetzen?

Lemm: Ich habe ein kleines Anliegen vorzubringen, im Wissen, dass dieses Haus hier der Kantonalen Pensionskasse gehört und nachdem ich auf Seite 143 gelesen habe, dass innerhalb der Verwaltungskommission auch ein Bauausschuss besteht.

Sie wissen, im Untergeschoss des Hauses dürfen Sie Wasser trinken, sogar gratis Wasser trinken. Ich selbst nehme in der Regel jeweils nur den Plastikbecher. Das Wasser selbst hol ich mir in der Toilette, weil dieses aus der Gegend von Chur stammt. Das im Untergeschoss in diesem Plastikbehälter angebotene Wasser stammt aus Italien. Es soll aus einer Quelle stammen, welche ca. 1000 Meter über Meer liegt. Dieses Wasser wird dann gefasst und irgendwie nach Mailand transportiert und dort in diese Plastikbehälter zu 18 Liter abgefüllt. Das können Sie auf dem Behälter nachlesen. Dann wird das Wasser hierher transportiert. Wenn Sie das Wasser trinken wollen, müssen jeweils auf dem Deckel lesen, wie weit das Datum zurückliegt, um zu sehen, ob das Wasser überhaupt geniessbar oder ob das Datum schon verfallen ist. Es ist also kein Wasser aus Vals, auch nicht aus Passugg. Weil ich diese Leute nicht kenne, die in diesem Bauausschuss sind, möchte ich gerne, dass dieses Anliegen weitergeleitet wird.

Persönlich bin ich der Meinung, im Kanton Graubünden hätten wir so wunderbare Möglichkeiten, Wasser zur Verfügung zu stellen. Für mich ist das Ganze unverständlich – wahrscheinlich werden diese Behälter noch per Lastauto über den San Bernardino nach Chur transportiert – für die Mitglieder des Grossen Rates. Weniger wäre mehr – ich weiss, es gibt auch Unternehmen in Graubünden, welche Bündner Wasser in gleicher und ähnlicher Form anbieten. Das mein kleines Anliegen.

Heinz: Erstens möchte ich das Anliegen von Kollege Lemm unterstützen. Als zweites spreche ich zum Personal- und Organisationsamt auf Seite 146, Stellenschaffung.

Dem Landesbericht ist zu entnehmen, dass im Jahr 2001 19,5 Stellen geschaffen wurden, wovon die GPK 13,5 bewilligt hat. Die restlichen sechs Stellen wurden innerhalb des GRI-forma-Pilotprojektes geschaffen. In diesen Zahlen nicht berücksichtigt ist der Datenschutzbeauftragte, für den wir auch noch ein 50 Prozent-Stelle neu geschaffen haben.

Damit haben sich meine Befürchtungen etwas bestätigt, wonach mit der Änderung von Artikel 18a Absatz 3 litera d der Geschäftsordnung innerhalb der Pilotstellen die neu geschaffenen Stellen überproportional zunehmen könnten. Auch die GPK weist in ihrem Geschäftsbericht auf Seite 12 auf diese Problematik hin. Sie wissen, ich verliere nicht so gerne, wie

auch die Frau Regierungsrätin, aber ich möchte die Regierung trotzdem anfragen, ist in den kommenden Jahren mit der vermehrten Schaffung neuer Stellen innerhalb der kantonalen Verwaltung zu rechnen.

Schütz: Ich gehe nach dem Votum von meinem Vorredner davon aus, dass wir uns beim Personal- und Organisationsamt befinden. Ich spreche hier zu Seite 147. Eine gewisse Stabilität im Personalbestand ist für eine kundenorientierte Verwaltung von grosser Bedeutung. Die Kündigung seitens der Arbeitnehmer haben gemäss Seite 147 des Landesberichtes um 13 Prozent zugenommen. Mit der Auflösung von Arbeitsverhältnissen durch langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht bekanntlich vorübergehend ein gewisses Fachwissen verloren. Meine Frage an die Regierung, was sind die Gründe der zunehmenden Kündigungen und mit welchen Mitteln gedenkt die Regierung diesem Trend zu begegnen?

Kollegger: Ich spreche zum Amt für Informatik. Ich bin mir bewusst, dass es sich hierbei um eine GRiforma-Pilotabteilung handelt. Meine Frage hat deshalb auch keinen operativen Charakter, sondern ist lediglich strategischer Natur. Es geht im Grundsätzlichen um Sicherheit im Computernetzwerk und das ist nach meinem Dafürhalten sicher eine Chefsache.

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren zu einer im höchsten Grade vernetzten Informationsgesellschaft entwickelt. Zu einer Gesellschaft also, die in einem ganz anderen Bereich verwundbar ist, als dies bisher der Fall war. Die Gefahren sind nicht mehr so offensichtlich. Angriffe oder Attacken auf unsere Computernetzwerke sind nicht offensichtlich, sind nicht absehbar und sie lassen sich nicht mit grossen Polizeiaufgeboten, mit Armeen, Türstehern oder dergleichen abwenden. Diese Gefahren haben auch keine Vorwarnzeit und die Wirkung ist fatal. In Fachkreisen wird sogar von „Cyberwar“ gesprochen, also von Netzwerkkrieg. Beispiele aus jüngster Zeit zeugen von den Auswirkungen solcher Vorkommnisse. So brach der Luftverkehr über Europa erst kürzlich fast gänzlich zusammen, weil in Brüssel in der europäischen Luftraumzentrale das Computernetzwerk zusammengebrochen war. Wir müssen gar nicht soweit suchen, auch die SBB mit Stellwerkproblemen, die auf Netzwerkstörungen zurückzuführen sind oder die Swisscom mit Pannen in Telefonzentralen können sicher ein Lied davon singen. Vielleicht haben Sie auch mit dem „I love you-Virus“ etwelche Probleme gehabt in der Vergangenheit. Meine Frage deshalb, welche Strategie verfolgt die Regierung in Bezug auf die Sicherheit im Kantonsnetzwerk und wie ist man auf Notfallszenarien oder sogar Krisenszenarien vorbereitet? Wir wissen, auch in der Verwaltung wird vermutlich ohne Computerunterstützung nicht mehr allzu viel gearbeitet.

Loepfe: Sie wissen es mittlerweile, bei der Beratung des Landesberichtes komme ich sozusagen jedes Mal hier auf diese Position wegen den Lehrlingen zu sprechen. Ich sage jedes Jahr ungefähr das Gleiche, nämlich der Kanton hat zu wenig Lehrlinge. Das habe ich jedes Jahr wieder neu begründet. Ich verzichte daher auf die detaillierte Begründung der Statistik, die man hier zu Rate ziehen kann. Der Kanton hat zu wenig Lehrlinge im Verhältnis zum Personal. Wenn man anschaut, wie sich das in den letzten Jahren verhalten hat, waren die Regierung und ich eigentlich derselben Meinung, man müsste da stetig zulegen – langsam aber stetig. Schaut man nur die Zahlen auf Seite 150 an, die dieses

Jahr im Landesbericht aufscheinen, sieht es so aus, wie wenn man von 75 auf 77 zugelegt hätte. Dabei muss man allerdings wissen, dass man die Damenschneiderinnen abzählen muss, da diese eigentlich geschult werden, hier aber als Lehrlinge angezeigt werden. Sie besuchen aber eine reine Schule – sie sind in keinem Lehrverhältnis im klassischen Sinne. Zählt man diese weg, liegt effektiv nur ein Zuwachs vor. Wenn wir dann schauen, wo der Zuwachs vorliegt, dann ist es eine Hauswirtschafterin.

Im Bereich der neuen Technologien, der modernen Berufsbilder, also in der Informatik, haben wir einen Zuwachs, aber bei den kaufmännischen Angestellten haben wir sogar einen Rückgang.

Darum die Frage an die Regierung, ob Sie sich von dem Konsens, welchen wir in den letzten Jahren miteinander entwickelt haben, wonach man das stetig anheben müsste, langsam aber stetig nun verabschiedet und hier einen andern Kurs einschlägt oder ob Sie beim Kurs des langsamen und stetigen Zuwachses bleibt?

Regierungsrätin Widmer-Schlumpf: Die erste Frage von Grossrat Jenny ging dahin, ob sich die Regierung bewusst sei, dass die Besteuerung der Unternehmen im Kanton Graubünden einen Standortnachteil darstelle. Es ist so, und das habe ich hier in diesem Rat schon mehrfach erwähnt, dass wir uns auch ohne von aussen aufgebauten Druck, wie das in den Medien formuliert wurde, durchaus bewusst sind, dass wir hier ein Problem haben. Wir wissen, ich gehe jetzt zumindest davon aus, dass der Steuerindex 2001 uns sagen wird, dass wir bei der Unternehmensbesteuerung praktisch am Schluss aller Kantone sind.

Wir haben denn auch schon vor Jahren geprüft, ob wir eine Trennung des Steuerfusses für juristische und natürliche Personen machen sollen und welche Auswirkungen eine solche hat. Wir haben auch die Frage des Steuertarifs geprüft. Wir haben geprüft, ob allenfalls ein Stufentarif oder ein Proportionaltarif richtig wäre. Wir sind auch jetzt wieder dabei, diese Überprüfungen zu machen, und zwar im Wissen darum, dass wir hier Verbesserungen anstreben müssen.

Es geht dabei in erster Linie nicht einmal darum, dass man neue Unternehmungen ansiedeln kann, sondern es geht vor allem darum, dass wir die Unternehmungen, die jetzt hier sind und hier Steuern zahlen und Arbeitsplätze sichern, auch hier behalten können. Das Problem ist erkannt.

Wir sind in meinem Departement dabei, zusammen mit der Steuerverwaltung ein Konzept zu erarbeiten und zu schauen, welche Massnahmen welche Auswirkungen haben. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass Erleichterungen in einem Bereich im Kantonshaushalt zu Mindereinnahmen führen. Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie wir uns da verhalten. Aber das Problem ist erkannt und wir sind daran.

Dann zu Grossrat Lemm betreffend die Frage des italienischen Wassers: Ich habe von ihm gehört, dass es auch schweizerische Unternehmen gebe, die ähnliche oder gleiche Konzepte anbieten würden. Das war mir nicht bekannt. Ich werde ihn nachher nach den Namen fragen. Ich trinke auch das italienische Wasser und es hat mir bis jetzt nicht geschadet. Aber ich werde dieser Frage in der Verwaltungskommission der Pensionskasse nachgehen.

Zu Grossrat Heinz, er hat sich erkundigt nach der Stellenpolitik des Kantons, insbesondere dort, wo es um die Pilotdienststellen GRiforma geht. Ich weiss, dass das nicht gerade ein Lieblingsthema von ihm ist, er sieht diese Pilotdienststellen nicht sehr gerne.

Es ist so, dass gerade bei Pilotdienststellen Stellen geschaffen wurden, und zwar weil dort nicht die eigentliche Stellenzahl massgebend ist, sondern das Budget. Dort hat man ein bestimmtes Budget zur Verfügung und muss mit diesem bestimmte Leistungen erbringen. Wir haben ja bewusst gesagt, dass gerade in diesen Pilotdienststellen einmal geprüft werden soll, wie man damit umgeht, wenn man ein Budget einhalten muss und über die bewilligten Mittel selbst bestimmen kann. Ich kann Ihnen im Übrigen sagen, dass das modernere Formen der Verwaltungsführung sind, wenn man die Stellen nicht mehr über den Stellenplan steuert, sondern über das Budget. Das macht der Bund auch, d.h. er ist jetzt dazu übergegangen, das zu tun. Wir sind hier also nicht Exoten.

Ich denke auch nicht, dass wir eine Explosion der Stellenzahl in den nächsten Jahren befürchten müssen. Wir werden jetzt zuerst einmal die Evaluation GRiforma machen und schauen, wie weit wir da kommen und wie wir weiterfahren. Aber ich meine die Tendenz muss schon dahin gehen, dass man über das Budget steuert und nicht über einen Stellenplan.

Dann zu Grossrat Schütz, er hat sich erkundigt nach der Aussage im Landesbericht, die Kündigungen hätten in der Kantonalen Verwaltung um 13 Prozent zugenommen.

Er hat mir diese Frage freundlicherweise vorher gestellt, so dass ich in Ruhe rechnen konnte, sonst wäre ich vielleicht etwas überfordert gewesen. Ich habe gesehen, dass die Angabe im Landesbericht nicht ganz klar ist. Es geht nicht darum, dass 13 Prozent des Personals gekündigt haben, sondern diese 13 Prozent beziehen sich auf den Anstieg bei den Kündigungen. Wir hatten im Jahre 2000 eine Kündigungsrate von 8,03 Prozent und haben im Jahre 2001 eine solche von 9,07 Prozent gehabt. Diese Differenz bedeutet eine Steigerung von 13 Prozent. Es sind nicht 13 Prozent Kündigungen, sondern es ist die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent, also auf 9 Prozent.

Die Frage warum? Es sind vor allem wirtschaftliche Gründe. Die Arbeitsmarktlage ist etwas besser geworden. Es ist im Moment besser geworden, einen Job ausserhalb der Kantonalen Verwaltung zu bekommen und das merkt man. Das spürt man vor allem auch bei uns. In verschiedenen Bereichen, so auch bei Banken und Versicherungen, gelten im Moment andere Marktbedingungen, die verleiten gewisse Leute dazu, den Arbeitsplatz zu wechseln.

Vielleicht kann ich hier noch zum Bereich Gesundheits- und Krankenpflege etwas sagen. Es wurde ja gestern von Frau Grossrätin Bucher gefragt, was man hier zu tun gedenke. Die Projektgruppe Progress hat intensiv gearbeitet und sie wird ein Sieben-Punkte-Programm vorstellen. Sieben Bereiche wurden überprüft und diese sieben Bereiche werden im Herbst schriftlich der Regierung zur Beurteilung vorgelegt. In einer ersten Phase sollen jetzt zwei Teilbereiche der Regierung zur Beurteilung vorgelegt werden – dabei geht es um das Lohnkonzept oder das Lohnsystem und um die Weiterführung der Marktzulage. Ich gehe jetzt, bevor wir das in der Regierung besprochen haben, davon aus, dass wir nicht kurzfristig im Bereich Lohnkonzept etwas ändern können und dass wir uns eher dafür entscheiden werden, mit einer Marktzulage in irgend einer Form weiterzufahren und mittelfristig gewisse Schief lagen in unserer Lohnkonzeption auszugleichen.

Wir haben natürlich erkannt, dass wir Einreihungen haben, die nicht mit den Einreihungen in andern Kantonen übereinstimmen. Aber das braucht etwas mehr Zeit und die Projektgruppe möchte das auch seriös aufarbeiten.

Dann zur Frage von Grossrat Kollegger betreffend die Sicherheit im Informatikbereich. Wir sind uns dieser Gefahren

bewusst. Das Amt für Informatik hat selbstverständlich auch ein Konzept für allfällige Absturzgefahren und Gefahren im ganzen Bereich. Wir haben diese verschiedenen Sicherheitskonzepte schon einsetzen müssen. Es hat bereits schwierige Situationen gegeben und es hat sich gezeigt, dass die Massnahmen, die man getroffen hat, durchaus tragfähig waren und zum Ziel führten. Es ist also nicht so, dass wir überrascht würden. Wir kennen die Gefahren und wir verfügen über Konzepte, um diesen zu begegnen. Bis anhin haben sie auch funktioniert.

Grossrat Loepfe hat gefragt, ob unser Konsens betreffend die Lehrlingen, die in der Kantonalen Verwaltung auszubilden seien, nicht mehr Konsens sei. Ich bin, wie er der Auffassung, das habe ich schon diverse Male gesagt, dass wir noch vermehrt Lehrlinge ausbilden müssen. Wir haben jetzt ein Projekt gestartet, um in den einzelnen Dienststellen vermehrt Lehrstellen anbieten zu können. Die Dienststellen werden nicht gerade gezwungen, aber doch mit Nachdruck darauf hingewiesen, nach bestimmten Kriterien Lehrlinge auszubilden. Wir sind dabei und bearbeiten jetzt die verschiedenen Dienststellen. Ich hoffe, dass ich Ihnen in einem Jahr eine etwas positivere Meldung machen kann und wir einige Stellen dazu gewinnen, vor allem auch in den Bereichen, die für Lehrlinge sehr interessant sind – in den Bereichen Finanzverwaltung, Amt für Informatik usw.

Feltscher: Ich spreche zum Thema Steuerverwaltung – man könnte das aber auch vernetzen mit dem Amt für Informatik, denn meine Frage zielt eigentlich auf beide Ämter ab. Es handelt sich um eine Schnittstellenfrage. Es geht um die Seite 156, Steuerfakturierung.

Das Steuerfakturierungsprogramm der Kantonalen Verwaltung ist meines Erachtens völlig veraltet. Viele Gemeinden beklagen sich über die schiere Unmöglichkeit die eigene Buchhaltung mit der Kantonalen Steuerverwaltung abzustimmen. Ein aktueller Abschluss der Steuerdebitoren auf einen echten Stichtag, wie Monatsende oder vor allem Jahresende scheint nicht möglich zu sein.

Was will die Regierung gegen diesen Missstand unternehmen?

Damit ich beim nächsten Kapitel nicht wieder fragen muss, erlaube ich mir, auch zum Kapitel F., Finanzverwaltung, eine kleine Frage zu stellen.

Warum ist die durchschnittliche Verzinsung des Fremdkapitals – auf Seite 160 – nach rund acht Jahren Zinsbaisse mit Refinanzierungssätzen der öffentlichen Hand von unter drei Prozent immer noch so hoch?

Feltscher: Entschuldigung, dass ich schon wieder das Wort ergreife. Der Landesbericht ist zwar nicht meine Bettelkürze und trotzdem ist mir als Felsberger natürlich auf Seite 165 aufgefallen, dass da ein kleiner Fehler im Landesbericht enthalten ist. Es heisst dort nämlich in Bezug auf die Felssturzereignisse, dass diese in der „Gälwand“ waren. Das war aber ein Ereignis, das wir vor drei Jahren hatten. Im letzten Jahr war dieses Ereignis im „Rappa Töbeli“. Ich bitte, das zu korrigieren.

Dann habe ich aber zu diesem Kapitel noch etwas ernsthafteres, nämlich zur Seite 170. Es geht auch um solche Ereignisse. Der Gemeindevorstand Felsberg hat, glücklicherweise vor den Felssturzereignissen, den Gemeindeführungsstab freiwillig und aus eigenem Antrieb in einem Kurs des Bundesamtes für Zivilschutz auf Ernstfalleinsätze schulen lassen. Ich war um diese Übung wirklich froh. Alle andern Gemeinden des Kantons werden hoffentlich von Naturgefahren ver-

schont, denn ich meine, dass viele Gemeindeführungsstäbe kaum auf solche Ereignisse vorbereitet wären. Seit Jahren sollten die Führungsstäbe von Gemeinden oder Regionen vom Kanton entsprechende Konzepte und Anweisungen erhalten. Wann und in welcher Form gedenkt die Regierung diese Information und Ausbildungsaufgabe anzupacken?

Regierungsrätin Widmer-Schlumpf: Die erste Frage von Grossrat Feltscher ging dahin, dass das Steuerfakturierungsprogramm der Kantonalen Verwaltung veraltet sei. Das ist so. Das Problem ist erkannt. Das Problem ist aber eigentlich nicht nur, dass das Steuerfakturierungsprogramm der Kantonalen Verwaltung veraltet ist, sondern dass die Buchhaltungssysteme der Gemeinden so beschaffen sind, dass sie sich nur schwer auf dieses Steuerfakturierungsprogramm abstimmen lassen, d.h. dass eine Integration dieser Buchhaltungssysteme in unser Steuerfakturierungsprogramm mehr oder weniger nicht direkt möglich ist. Das Afl – es wurde hier ja auch angesprochen – hat den Gemeinden Abstimmungshilfen zur Verfügung gestellt. Es gibt Gemeinden, die diese Abstimmung relativ gut schaffen, bei diesen klappt es sehr gut. Bei andern Gemeinden ist es viel schwieriger. Es ist auch davon abhängig, wie die einzelnen Mitarbeitenden der Gemeinden mit diesem Problem umgehen können.

Von der bemängelten Software – es ist ein Mangel, es ist eine uralte Software – betroffen sind ausschliesslich die Gemeindesteuern. Das wird für die Gemeindepräsidenten in diesem Rat nicht eine grosse Beruhigung sein, das ist klar.

Die Gemeinden sind jedoch frei in der Wahl ihres Buchhaltungssystems. Sie können ihre Buchhaltungssysteme so wählen, dass sie besser abstimbar sind.

Ich möchte doch auch darauf hinweisen, dass unser Steuerfakturierungsprogramm eigentlich eine Dienstleistung des Kantons für die Gemeinden darstellt. Zugegebenermassen ist es gegenwärtig eine etwas suboptimale Dienstleistung. Wir wissen das und sind auch dabei, eine bessere Lösung auszuarbeiten. Wir haben ein Nachfolgesystem in Evaluation und dafür bereits für das Jahr 2002 eine Tranche von 200'000 Franken im Budget eingestellt.

Wir werden das neue Steuerfakturierungsprogramm, das dann auch besser kompatibel ist mit den Gemeindeführungssystemen, im Jahre 2004 – das hoffe ich jetzt einmal – zur Verfügung haben. Ab diesem Zeitpunkt sollte das Problem gelöst sein. Das zu dieser Frage.

Dann zur Frage der durchschnittlichen Verzinsung des Fremdkapitals. In den Zahlen des Landesberichtes haben wir die durchschnittliche Verzinsung des langfristig aufgenommenen Fremdkapitals erwähnt – bei fünf bis zehn Jahren Laufzeit.

Ich habe die Frage bereits gekannt, Grossrat Feltscher hat sie mir freundlicherweise vorher übermittelt. Unsere Erhebungen haben nun ergeben, dass die Refinanzierungssätze der öffentlichen Hand auf dem Kapitalmarkt in den letzten Jahren nie unter drei Prozent lagen. Der tiefste Zins für zehnjähriges Geld lag, das haben die Abklärungen der Finanzverwaltung von gestern ergeben, bei rund $3\frac{1}{4}$ Prozent. Die einzelnen Zinssätze unserer langfristigen Schulden liegen per 31. Dezember 2001 zwischen 3,25 Prozent und 5,625 Prozent. Das können Sie in der Staatsrechnung auf Seite 188 nachlesen. Und wenn man nun das Kapital gewichtet, ergibt das den im Landesbericht erwähnten Durchschnittszins von 3,86 Prozent – nach einer Kapitalgewichtung. Wenn man diesen Satz vergleicht mit demjenigen der letzten Jahren, ist ersichtlich, dass er in den letzten Jahren sukzessive hat reduziert werden können. Das können Sie über Jahre hinaus ver-

gleichen. Wir sind der Auffassung, dass wir damit einen Refinanzierungssatz im Bereich des langfristigen Fremdkapitals – nicht der Anlagen – haben, der als günstig angesehen werden kann. Das sind meine Informationen betreffend diese Verzinsung.

Dann zum Felssturz in Felsberg: Ich kann Ihnen sagen, als Felsbergerin schäme ich mich natürlich, das hätte mir auffallen müssen oder es hätten alle Lampen rot leuchten müssen, als ich diesen Bericht im Entwurf vor mir hatte. Ich kann mir das nur so erklären, dass ich etwas deformiert bin und mich bei allem was ich lese, vor allem auf die Zahlen konzentriere. Ich möchte mich beim Gemeindepräsidenten von Felsberg entschuldigen und werde das selbstverständlich ändern – auch als Felsberger Bürgerin.

Dann noch zur Frage Information und Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe. Diese Frage steht auch im Zusammenhang mit den Ereignissen in Felsberg und es hat sich dort gezeigt, dass die Frage berechtigt ist.

Ich kann Ihnen sagen, dass verschiedentlich Stabsübungen mit Gemeindeführungsstäben gemacht worden sind und gemacht werden. In den letzten Jahren wurden verschiedene solche Übungen vom Stabschef des kantonalen Führungsstabes und von seinen Mitarbeitenden mit den Gemeindeführungsstäben durchgeführt. Natürlich konnten nicht sämtliche Gemeindeführungsstäbe beübt werden. Es ist aber so, dass wir an verschiedenen Veranstaltungen und auch schriftlich auf die Möglichkeit hingewiesen haben, an Ausbildungskursen sowohl beim Kanton als auch beim Bund teilzunehmen. Wir haben auch angeboten, dass die Gemeindeführungsstäbe an Übungen der Zivilschutzorganisationen teilnehmen können. Es hat denn auch Gemeindeführungsstäbe gegeben, die diese Möglichkeit wahrgenommen haben.

Das AZK hat sich in den letzten Jahren sehr stark mit der Umsetzung der Zivilschutzreform 95 und mit dem Bevölkerungsschutz 2003 – mit der Neukonzeption des Zivil- und Bevölkerungsschutzes – beschäftigt. Daher wurde die Beübung und Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe etwas zurückgestellt. Ich meine, dass das auch vertretbar ist, und zwar weil in diesem Bereich ohnehin Neuerungen anstehen, die doch enorm sind. So werden wir die Anzahl der Zivilschutzorganisationen reduzieren von 44 auf 12 und den Bestand der Mitglieder der Zivilschutzorganisationen von 8'000 auf 3'000. All diese Neuerungen werden Auswirkungen auf die Ausbildung haben.

Es ist uns aber bewusst, dass es sehr wichtig ist, dass die Gemeindeführungsstäbe miteinbezogen werden. Sobald wir über das Konzept Bevölkerungsschutz verfügen, werden wir uns wieder vermehrt dieser Frage widmen und das auch wieder vermehrt tun. Es ist wirklich notwendig, dass man das auch macht.

Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement

Stoffel: Ich spreche zu b) Schwerverkehr auf der San Bernardino-Route auf Seite 173. Seit dem Unglück im Gotthardt-Tunnel musste die Bevölkerung entlang der A13 eine grosse Belastung ertragen, die immer noch anhält und teilweise das erträgliche Mass übersteigt. In diesem Zusammenhang möchte ich von der Regierung folgende Auskünfte:

- Wie sieht die langfristige Strategie zur Regulierung des Schwerverkehrs aus?
- Sind beispielsweise bauliche Massnahmen für den Lastwagenstau Räume geplant?

- Wie lange wird die Kantonsstrasse permanent für die Umleitung des PW-Verkehrs gebraucht?
- Gibt es Möglichkeiten den regionalen Binnverkehr mit Lastwagen anders zu handhaben?

Thomann: Durch die Schliessung des Gotthard-Tunnels nach dem schweren Unfall vom Oktober wurde der Schwerverkehr, wie auf Seite 173 des Landesberichtes beschrieben, auf die San Bernardino-Route umgeleitet. Die Dosierung des Schwerverkehrs am Gotthard und am San Bernardino hatten auch zur Folge, dass andere Routen vermehrt vom Schwerverkehr befahren wurden. So mussten wir im Surses feststellen, dass immer mehr schwere Lastwagen die Julier-Route befahren. Dass gerade die Julier-Strasse mit den engen Dorfdurchfahrten in Tinizong, Mulegns und Bivio für diese Fahrzeuge ungeeignet ist, kann man sich sicher sehr gut vorstellen.

So gab es auch verschiedentlich Probleme, indem sich grosse Lastwagen im Engpass Mulegns so hinein manövierten, dass sie weder vor- noch rückwärts fahren konnten und den ganzen Verkehr blockierten. Daher möchte ich folgende Fragen stellen:

- Hat man die Zunahme des Schwerverkehrs am Julier registriert?
- Kann man sagen, wie viele Lastwagen diese Route heute benutzen und um wie viel Prozent der Schwerverkehr zugenommen hat?
- An der A13-Route hat man Luft- und Lärmmessungen durchgeführt und festgestellt, dass die Werte durch die Zunahme des Schwerverkehrs deutlich zugenommen haben. Sind solche Messungen auch an der Julier-Route vorgesehen?
- Hat die Regierung bereits Massnahmen geplant, um die Lebensqualität in den genannten Dörfern zu verbessern?

Righetti: Ci tengo con il mio intervento a rendere attento questo Gran Consiglio sulla situazione della regione del Moesano e Hinterrhein per quanto riguarda il traffico lungo l'asse della A13 che permane, nonostante la riapertura del tunnel autostradale del San Gottardo, molto grave. Voglio soffermarmi nel mio intervento su tre aspetti principali che riguardano le conseguenze dell'importante flusso di traffico, in particolare di autocarri, lungo l'asse autostradale grigionese: la salute, la sicurezza, la situazione economica. Dapprima: la salute. Sempre più la popolazione del Moesano e quella della regione della Val di Reno hanno l'impressione che una circolazione con questa densità di autocarri arrechi alla loro salute un danno irreparabile. Da un lato le gravi emissioni ambientali, in particolare di PM10 e NO₂ hanno raggiunto valori pari a quelli della periferia della città di Zurigo nel periodo di novembre e dicembre 2001. Se oltre a questo fatto si aggiungono le importanti emissioni foniche che la popolazione sta subendo, ci si rende conto che la sensibilità e la sopportazione è posta a dura prova e che vi è una necessità di intervento urgente.

La sicurezza: anche dal punto di vista della sicurezza la situazione è altamente preoccupante. Sia nel periodo pasquale che in quello di Pentecoste si sono avuti degli incidenti mortali lungo la A13: Nufenen e Rongellen. E benché il dosaggio abbia in parte migliorato la situazione, in presenza di forti flussi di traffico il rischio rimane molto alto. La popolazione locale ha una chiara percezione di questi gravi rischi e patisce di gravi disagi psicologici, allorché deve immettersi sulla asse della A13.

Da ultimo, per quanto concerne l'economia, le prospettive

non solo grigie, ma addirittura nere. Il turismo soft, unico turismo presente nelle valli di Mesolcina e Calanca, sta scomparendo in quanto la contropubblicità che i costanti bollettini sullo stato d'inquinamento producono tiene i turisti lontani dalle nostre zone. Questo ha una grave ripercussione anche sull'economia generale della regione, edilizia, artigianato, in quanto buona parte del turismo soft nella nostra regione è anche legato all'economia della riattazione dei rustici e delle residenze secondarie. È mio desiderio quale rappresentante del Moesano, far presente a questo Gran Consiglio e al lodevole Governo che la sopportazione della popolazione lungo l'asse della A13 ha raggiunto ormai il limite superiore. Vi è una necessità di interventi incisivi a corto termine per evitare che la protesta popolare possa svilupparsi non già nella dialettica istituzionale, ma per altre vie.

Tremp: Ich spreche zum Thema Strommarktöffnung auf Seite 174 unter lit. f). Daraus können wir entnehmen, dass sich die Regierung im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone für die Anpassung der Verordnung zum Elektrizitätsmarktgesetz eingesetzt hat. Über das Gesetz werden wir ja im kommenden September abstimmen können. Auf Seite 16 wird unter Ziel 44 und auf Seite 177 unter lit. c) auf die Ausführungsgesetzgebung zum Elektrizitätsmarktgesetz hingewiesen. Im Wissen dass die Abschlussarbeiten zumindest aus den Ausführungen von Seite 177 erst im Laufe dieses Monats abgeschlossen sein dürften, interessiert mich doch die Tendenz in welche Richtung die Anschlussgesetzgebung geht.

Peretti: Non possiamo rimanere indifferenti di fronte a tale problema. La preoccupazione, in modo particolare per l'inquinamento atmosferico, ci mette a dura prova nel settore della salute, anche se i controlli emanati dalle misurazioni non garantiscono dati sufficienti per dare alla nostra regione una maggiore determinazione per quanto concerne lo stato della salute. Ne soffriamo su tutto, in modo particolare la salute e l'economia anche turistica. Non possiamo nasconderci dietro il dito e far finta che questo problema non esiste, in modo particolare anche le 40 tonnellate lungo l'asse del San Bernardino che non dà nessuna garanzia e nessuna sicurezza. Come già detto, non possiamo rimanere indifferenti. La Confederazione, per essi i suoi responsabili, non si preoccupa più di quel tanto dei disagi in modo particolare e della salute che preoccupa questo traffico lungo l'asse numero 13 del San Bernardino e per quel che concerne tutta la regione del Moesano. Ma ora, ci sentiamo dimenticati e ritengo giustificato, per farci sentire, anche una manifestazione lungo l'A13 del San Bernardino se è necessario, pur andando contro i principi democratici. Ritengo che non deve essere proprio la Mesolcina a sacrificarsi sull'altare: di Winkelried ce n'è stato uno solo che voleva salvare la Svizzera, ma oggi non deve essere proprio il Moesano che deve salvare gli errori dei bilaterali che hanno pregiudicato in modo particolare e che sono stati commessi dai nostri rappresentanti a livello federale. È per questi motivi che noi interveniamo a più riprese, perché siamo molto preoccupati: è la sopravvivenza di una popolazione che a lunga scadenza ne soffre, per cui io penso che il nostro Governo, come ha già fatto sicuramente a priori, si metterà ancora a disposizione per ottenere nei confronti di Berna quella sicurezza che noi cerchiamo. Perché? perché dobbiamo essere noi con le nostre strade e non si sfrutta l'offerta ferroviaria per il trasporto di questi mezzi pesanti?

La Confederazione dovrebbe impegnarsi a disposizione la rete ferroviaria e a sgravare l'asse del San Bernardino e del San Gottardo dai mezzi pesanti. Oltre a ciò non dobbiamo forse dimenticare che certamente i costi per il traffico, magari magari, non sono troppo elevati, per cui questo traffico continua sicuramente sempre ad aumentare lungo questo asse, lungo queste strade. Non possiamo rimanere indifferenti, quindi ci vuole fermezza, ci vuole anche l'aiuto ancora una volta da parte dello Stato, ma sicuramente la Confederazione deve ricrederci su queste premesse che ha fatto nei bilaterali. E noi vogliamo che in futuro anche quelle regioni periferiche come il Moesano vengano essere difese.

Zarro: Ich habe in der letzten Session etwas gesagt zur A13. Es wurde nichts gemacht. Jetzt werden wir in nächster Zeit sicher handeln – als Region, als Gemeinden.

Herr Regierungsrat, ich bin auch Mitglied des ForumA13. Vor fünf Monaten hatten wir eine Sitzung in San Bernardino. Man hat uns dabei von Euren Leuten gesagt, innerhalb von einer Woche würden Spezialisten kommen und die Dosierungsprobleme anschauen, sie würden Zonen finden und mit unseren Politikern sprechen. Seit fünf Monaten haben wir nichts gehört.

Handelt man so? Nimmt man das Problem ernst oder spielt man mit der Gesundheit der Leute?

Gestern bin ich von Misox nach Chur gefahren – 3½ Stunden haben wir gebraucht. Gut, es gab viel Schnee auf der Strasse, es war wie im Winter, aber es war ein grosses Chaos.

Es stimmt, wir sind schon zufrieden, wenn viele Baugeschäfte arbeiten können. Auch ich mache mit in dieser Branche. Und trotzdem hat der Kanton nicht den Mut – mit so vielen Arbeiten – mindestens die Nord-Süd- oder Süd-Nord-Rampe zu schliessen? Es besteht eine enorm grosse Gefahr beispielsweise auf der Strecke Pian San Giacomo bis Mesocco, wo alle grossen Lastwagen auf der Kantonsstrasse herunterkommen. Es gibt Landwirte, die sich mit kleinen Maschinen auf der gleichen Strasse befinden. Für diese bilden die schweren Lastwagen eine grosse Gefahr.

Andere Kantone hätten das gemacht, sie hätten die Strasse längst geschlossen. Die Kantone Uri und Tessin dienen als Beispiele. Wieso will der Kanton Graubünden immer so solidarisch sein? Solidarität ist richtig, aber nicht um jeden Preis, nicht um den Preis der Gesundheit unserer Leute.

Ich sage es noch einmal – ein drittes Mal rede ich nicht mehr hier im Grossen Rat – wir werden handeln. Wir haben in der Region die Sache diskutiert und werden nächstens etwas unternehmen. Ihr könnt machen was Ihr wollt – wir werden sicher etwas machen. Das ist seriös, ich bin Jurist und weiss wie die Sache geht. Herr Peretti hat schon etwas angetönt. Wir wollen nicht mehr länger warten, wir wollen ein Zeichen setzen. Wir wollen nicht nur am Fernseher sehen, wer da im Parlament etwas sagt, sondern wir wollen auf die Strasse gehen. Vielleicht werden wir unseren 1. August einmal anders feiern. Die Fahne wird nicht mehr rot sein – vielleicht schwarz.

Gross: Ich kann die Sorgen und den Ärger unserer Kollegen aus dem Süden recht gut verstehen. Wären wir in derselben Situation, würden wir vermutlich nicht anders reagieren. Es gibt ein Projekt für eine Nord-Süd-Bahnverbindung, eine Verbindung zwischen Mailand und München, welche die San Bernardino Route, die Gotthard Route und die Brenner Route entlasten würde. Wir hatten vor gut einem Jahr eine Präsentation dieses Projektes hier im Grossratsgebäude.

Meine Frage an Herrn Regierungsrat Engler, ist in dieser Sache seither noch etwas gelaufen oder ist das ruhig gestellt.

Standespräsident Locher: Nachdem nun einigermaßen Ruhe im Saal eingekehrt ist, kann ich Ihnen folgende Mitteilung machen: Es freut mich, Ihnen mitzuteilen, dass unsere ehemaligen Standespräsidentinnen und Standespräsidenten bei uns auf der Tribüne anwesend sind. Sie werden von Alt-Standespräsident Dr. Marx Heinz, Thusis, angeführt. Ihr Besuch ehrt uns und wir danken Ihnen für Ihr Interesse, unsere Geschäfte mitzuerfolgen. Wir wünschen Ihnen einen schönen Tag und danken für Ihren Besuch.

Regierungsrat Engler: Es wurden verschiedene Fragen zur Situation des Schwerverkehrs auf der San Bernardino Route gestellt.

Die Herren Grossräte Stoffel, Righetti, Peretti und Zarro sorgen sich um die Lebensqualität entlang der A 13. Sie sorgen sich um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden und sie sorgen sich um die volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieses Dosierungssystems, wie es zur Zeit am San Bernardino Tunnel praktiziert wird. Sie können versichert sein, ich nehme Ihre Sorgen sehr ernst. Sowohl die Sorgen der Bevölkerung im Rheinwald als auch jene im Süden entlang der A 13 im Misox. Vor allem die Bevölkerung in den Bereichen der Dosierungsstellen in Soazza/Lostallo auf der Südseite und in Nufenen auf der Nordseite sind im Moment besonderen Belastungen ausgesetzt. Sie können auch versichert sein, dass ich, zusammen mit unseren Mitarbeitern der Kantonspolizei und auch des Tiefbauamtes, alles dafür tue, um beim Bund die Situation zu entschärfen und um mit dem Bund zusammen auch Lösungen für die Zukunft zu entwickeln, die all diese Belastungen minimieren.

Wenn Sie nun aber das Dosierungssystem grundsätzlich in Frage stellen, muss ich Sie schon nach den kurzfristig vorhandenen Alternativen fragen. Freie Fahrt für alle kann kaum eine echte Alternative sein, weil wir dann auch auf der San Bernardino Route damit rechnen müssen, dass der Schwerverkehr eine attraktive Ausweichroute zur Gotthard Route gefunden hat und sich nicht davon abhalten lässt, in Zukunft die San Bernardino Route zu wählen.

Die Vorteile, die wir mit dem Dosierungssystem haben, sind klar. Wir haben mit Bestimmtheit mehr Sicherheit im San Bernardino Tunnel selber, weil mit dem Kreuzungsverbot das Risiko von Frontalkollisionen zwischen Lkws minimiert ist. Wir haben ausserdem aber einen Vorteil, den wir einfach nicht preislos aus der Hand geben dürfen, das ist die Möglichkeit, die Verkehrsmenge zu steuern. Dieses Dosierungssystem gibt uns die Möglichkeit, eine oberste Limite von 1000 Lastwagen pro Tag zu gewährleisten. Diese Steuerungsmöglichkeit hätten wir ohne das Dosierungssystem in jedem Fall nicht.

Doch Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass dieses Dosierungssystem auch mit vielen Ärgernissen und Belastungen verbunden ist. Sie haben die Lebensqualität angesprochen, die vor allem mit der Verkehrsmenge zu tun hat, die aber auch mit dem Konvoi-Verkehr zu tun hat und letztendlich auch mit diesen Warteräumen, die auf der Nationalstrasse eingerichtet werden mussten. Ich habe Ihnen, Herr Grossrat Zarro, auch zugesichert, alles in meinen Möglichkeiten Liegende zu tun, damit vor allem im Bereiche der Lärmbelastungen im Misox und im Rheinwald, Verbesserungen realisiert werden können – das allerdings immer unter der Voraussetzung, dass sich der Bund an diesen Lärmsanierungsmassnahmen, die hier baulicher Natur sind, auch mitbeteiligt.

Die hohe Sensibilität des Alpenraums beschränkt die maximale Menge an Schwerverkehr, die hier durchgeschleust werden kann. Das gilt für den San Bernardino und für den Gotthard. Ich denke, dass dieser Druck, welcher im Moment durch dieses Dosierungssystem aufgebaut wurde, auch im Ausland wahrgenommen wird.

Und es ist sicher richtig, dass Bundesrat Leuenberger zusammen mit den Alpenländern hier eine gemeinsame Verkehrspolitik entwickeln möchte – mit einem Reservationsystem, wie das dann im Detail auch aussieht. Wir müssen aber davon ausgehen, dass solche Bestrebungen mehr als zwei bis drei Jahre beanspruchen – eher wohl fünf Jahre – bis das umsetzungsreif ist. So werden wir kurz- und mittelfristig Optimierungen erreichen müssen. Optimierungen, die ganz klar zum Ziel haben, die Gesamtverkehrsmenge zu limitieren. Ich habe bei den zuständigen Instanzen des Bundes vorgeschlagen, man solle sich überlegen, ob es nicht zweckmässiger wäre, die Warteräume von den Tunnelportalen wegzunehmen und sie möglichst an die Landesgrenze zu verschieben – am Besten vor die Landesgrenzen, nur dort wird es schwierig, weil die Schweiz keine hoheitlichen Möglichkeiten hat, dies anzuordnen. Wenn sie aber im Land sein müssen, sehe ich im Moment mehr Vorteile, wenn sie in der Umgebung von Basel und in der Umgebung von Chiasso wären. Man würde damit viele Nachteile eliminieren, die das Dosierungssystem aufweist. So die Nachteile, die mit diesen Warteräumen unmittelbar vor den Tunnelportalen im Alpenraum entstehen und auch der regionale Binnenverkehr hätte grössere Bewegungsfreiheit, wenn der internationale Gütertransitverkehr kurz nach den Landesgrenzen aufgehalten würde. Diese Abklärungen sind im Moment im Gange. Im Gange sind auch Abklärungen, wie der Binnengüterverkehr besser gestellt werden könnte, denn es ist evident, dass für jemanden der von Hamburg nach Neapel fährt, fünf Stunden Wartezeit in der Schweiz weniger schlimm sind, als für denjenigen der von Rapperswil nach Lugano oder von Altdorf nach Chiasso fährt.

Ich stelle fest, dass der Bund, auch unter dem hohen Druck der Wirtschaft, diese Problematik erkannt hat und derzeit daran ist, hier konkrete umsetzungsreife Massnahmen zu prüfen, die dann Anfang Juli dem Runden Tisch vorgelegt werden sollen. Es ist mir auch klar, dass für die Bevölkerung entlang der A13 jeder Lastwagen ein Lastwagen zu viel ist – ausser die eigenen oder diejenigen, die der eigenen Versorgung dienen.

Es war aber nicht so, dass vor dem Gotthard Ereignis überhaupt keine Lastwagen über die San Bernardino Route fahren. Es waren bereits damals zwischen 400 und 600 Lastwagen, die da täglich verkehrten. Im Moment gelingt es uns, die Tausender-Limite einzuhalten. An vielen Tagen bleiben wir sogar unter 900 Lastwagen und nur an wenigen Tagen wird die Tausender-Marke leicht überschritten.

Ich bin interessiert, mit dem Forum A13 zusammenzuarbeiten. Es gab denn auch in der einen oder anderen Frage relativ rasch eine Einigung und Verständigung zwischen Ihnen und unseren Leuten bei der Polizei. Wenn das jetzt in einem Fall offenbar unterblieben ist, so werde ich intervenieren und werde meine Mitarbeiter bei der Polizei daran erinnern, was an dieser Konferenz da offenbar zwischen Ihnen und unseren Leuten abgemacht wurde.

Herr Stoffel fragt nach der langfristigen Strategie. Transitverkehrspolitik ist nicht Sache des Kantons Graubünden, sie ist auch nicht allein Sache des Bundes, sondern sie funktioniert nur, wenn sie international aufeinander abgestimmt und miteinander abgesprachen ist.

Langfristig ist die Option natürlich, Verlagerung des internationalen Gütertransitverkehrs auf die Bahn. Nur, das geht uns viel zu lange, wenn wir darauf bis zum Jahre 2008, 2012 und im schlimmsten Fall bis zum Jahre 2015 warten müssen. Allerdings ist im Moment erkennbar, dass der Bund unter Umständen bereit ist, das zu beschleunigen, indem substantiell mehr Mittel für Verlademöglichkeiten eingesetzt werden sollen. Selbstverständlich unterstützen wir das.

Sie haben, Herr Grossrat Stoffel, auch den regionalen Binnenverkehr angesprochen. Soweit wir das können, ohne zu diskriminieren, tun wir das bereits. Wir haben für den engen Bereich Rheinwald/Misox deutliche Verbesserungen gegenüber dem Transitverkehr erreicht – nicht zur Freude von Bern, aber wir haben hier praktische und praktikable Lösungen gewählt, die funktionieren und von diesen wollen wir auch nicht zurück. Auch hier denke ich aber, dass Optimierungen nötig und möglich sind.

Herr Grossrat Zarro hat militante Töne angeschlagen und gedroht, man würde die Strasse besetzen. Er weiss als Jurist, dass Drohung ein Antragsdelikt und Nötigung ein Officialdelikt ist. Ich hoffe, dass Sie nicht jemanden dazu auffordern und Sie dann als Anstifter allenfalls ins Rechte gefasst werden. Ich habe Verständnis dafür, dass einem die Geduld langsam ausgehen kann und diese Belästigungen für die Leute, die tagein, tagaus damit konfrontiert sind, an der Grenze des Zumutbaren sind. Vertrauen Sie aber darauf, dass uns das alles andere als gleichgültig ist – auch meinem Kollegen Claudio Lardi, welcher hier die Leute des Amtes für Umweltschutz eingesetzt hat. Wir prüfen und messen laufend die Werte sowohl bezüglich Lärm als auch bezüglich Luft. Diese Messergebnisse dienen uns auch, um gegenüber dem Bund aufzutreten.

Die Aussage, man solle auf uns vertrauen, wird Ihnen nicht genügen. Doch Sie können auf uns vertrauen und Sie müssen Geduld haben. Wir leisten hier solidarisch einen Teil an der schweizerischen und internationalen Verkehrspolitik.

Zusicherungen, wie wir könnten in Maienfeld und in San Vittore die Rote Ampel aufleuchten lassen und damit den ganzen Schwerverkehr vor unseren Kantonsgrenzen zum Halten bringen, sind unrealistisch sowie politisch und rechtlich nicht machbar. Das wissen Sie, Herr Zarro, natürlich auch.

Ich bin soweit mit Ihnen einverstanden, dass wir uns nicht einfach daran gewöhnen dürfen und mit unseren Möglichkeiten auch Massnahmen suchen, um diese Belästigungen zu minimieren.

Es gäbe hier noch sehr vieles dazu zu sagen. Wir haben in Beantwortungen verschiedener Vorstösse, u.a. auch gegenüber Herrn Grossrat Peretti, dazu Stellung genommen.

Auch Herr Grossrat Righetti hat mit seinen Ausführungen über die Messergebnisse, die publiziert worden sind, recht. Die Schlussfolgerungen aus diesen Messergebnissen sind dann zu ziehen, wenn diese Immissions- und Belastungsgrenzwerte auf Dauer überschritten werden. Dann sind Massnahmen gefordert, um diese Belastungen zu senken.

Dann hat Herr Grossrat Thomann gesagt, im Surses bestehe der subjektive Eindruck, dass auf der Julierstrasse der Schwerverkehr seit der Gotthard-Katastrophe zugenommen habe. Ich habe mich in der Pause noch erkundigt. Herr Grossrat Thomann, es ist nicht so, dass der Schwerverkehr auf der Julierstrasse als Folge des Gotthard-Ereignisses zugenommen hat. Eine solche Zunahme müssten wir in Campocologno, in Castasegna, in Martina aber auch in Münstair an den Grenzen feststellen. Unsere Polizisten und die Grenzwächter haben aber nicht festgestellt, dass an den Grenzen

seither das Schwerverkehrsaufkommen grösser geworden wäre. Das heisst aber nicht – und der Eindruck dürfte nicht täuschen in Surses – dass mehr Sattelschlepper im Surses verkehren. Das hängt damit zusammen, dass sehr viele schweizerische und bündnerische Transporteure ihre Flotte umgerüstet und von kleineren Fahrzeugen auf grössere Lastwagen gewechselt haben, um auch von den Vorteilen grösserer Gewichte profitieren zu können.

Sie wissen es, die 40-Tonnen Limite gilt für die Julierstrasse nicht. Nur in Ausnahmefällen – für die Holztransporte zur Bewältigung der Lothar-Katastrophe, aber auch für Kontingentstransporte – werden solche 40-Tonnen Kontingente erteilt. Der Eindruck, dass es mehr Sattelschlepper hat, stimmt. Allerdings hat das nichts mit dem Transitverkehr zu tun, sondern es hat damit zu tun, dass viele einheimische Transporteure ihre Lastwagen gewechselt haben und es hat mit diesen Holztransporten zu tun.

Wir werden aber sehr wachsam sein und verfolgen, wie sich die Schwerverkehrssituation auf der Julierstrasse entwickelt. Wenn Massnahmen aus Sicherheitsgründen nötig würden, würden wir solche treffen.

Heute sind auf der Julierstrasse Anhänger an schweren Motorfahrzeugen verboten und Sattelmotorfahrzeuge sind nur zwischen dem 15. April und dem 15. November erlaubt.

Herr Grossrat Gross teilt die Befürchtungen und nimmt Anteil an den Sorgen des Schwerverkehrs auf der San Bernardino Route. Ich könnte jetzt böse sein und ihm sagen, dass es ihm mit seiner Forderung gelungen sei, das Höchstgewicht auf der Ofenpass-Strecke auf 40 Tonnen zu erhöhen. Aber ich bin nicht böse und vor allem nicht nachtragend.

Seine Frage betrifft das Projekt „Talpino“. Es geht hier um eine direkte Verbindung zwischen Münstair und Mailand. Man könnte es als ein „Maulwurf-Projekt“ bezeichnen, weil da unterirdisch eine Bahn fahren soll, die dann in den Tälern aus dem Boden heraus kommt. Ich muss Ihnen sagen, dass ich weder von diesem Projekt noch von den Projektanten aus Österreich etwas gehört habe, nach dieser Zusammenkunft hier im Grossen Rat, als uns dieses Projekt vorgestellt wurde. Es ist klar, dass in Österreich ein Interesse besteht, die Brenner Route vom Schwerverkehr auf der Strasse zu entlasten und als Ersatz eine solche Bahn anzubieten. Ich weiss, dass auch der Bund mit dieser Idee konfrontiert wurde und Herr Bundesrat Leuenberger sich gegenüber diesen Initianten geäussert hat. Allerdings sind diesbezüglich keine konkreten Anfragen mehr an den Kanton gerichtet worden.

Herr Grossrat Tremp fragt nach der Anschlussgesetzgebung zum Elektrizitätsmarkt-Gesetz. Es ist so, dass wir am 22. September darüber abstimmen werden. Dieses Elektrizitätsmarkt-Gesetz gibt den Kantonen verschiedene Instrumente in die Hand, um den Service Public in der Stromversorgung zu gewährleisten. Ein Service Public, welcher nur bedeuten kann, eine qualitativ zuverlässige Stromversorgung zu angemessenen Preisen auch in der Peripherie, im Berggebiet, zu garantieren. Im Unterschied zu allen anderen Liberalisierungsprojekten in diesem Land ist das Strommarkt-Gesetz der erste Fall, in dem dieser Liberalisierung Leitplanken gesetzt werden – Leitplanken zu Gunsten der Peripherie, zu Gunsten des Service Public, zu Gunsten der erneuerbaren Energien und für uns interessant zu Gunsten der Wasserkraft, aber auch zu Gunsten der Konsumentinnen und Konsumenten. Nun ging es darum, diese Instrumente, die das Bundesgesetz für die Kantone vorsieht und die in einer Anschlussgesetzgebung des Kantons enden können, aufzunehmen und zusammen mit der Branche nach Lösungen zu suchen, die das Ziel einer zuverlässigen, qualitativ hochstehenden und

preisgünstigen Stromversorgung in diesem Kanton hier gewährleisten. Weil das Ganze technisch sehr komplex ist und weil es auch sehr komplex ist für die Seite der Eigentümerschaft der Versorgungsnetze, war es richtig, das zusammen mit der Branche vorzubereiten. Die entsprechenden Entwürfe liegen bei mir. Es ist ein Entwurf für eine Anschlussgesetzgebung für den Fall der Annahme des Elektrizitätsmarkt-Gesetzes. Ich kann Ihnen dazu einige Stichworte nennen. Es geht in diesem Gesetz darum, Anreize für einen effizienten Betrieb der Versorgungsnetze zu schaffen – wer speziell effizient ist, soll belohnt werden. Es geht aber auch um die Aufgabenteilung zwischen den Gemeinden, die nach heutiger Gesetzgebung primär zuständig sind für die Stromversorgung auf ihrem Hoheitsgebiet. Daran ändern wir nichts, dies soll so bleiben. Wir beabsichtigen nicht, den Kanton an die Stelle der Gemeinden treten zu lassen, es besteht hier aber eine gewisse Koordinationspflicht des Kantons, die in diesem Gesetz jetzt wahrgenommen wird, indem auch die Aufgaben zwischen den Versorgungsunternehmen, den Gemeinden und dem Kanton klarer definiert werden, als das heute der Fall ist. Wir haben Voraussetzungen für Leistungsaufträge zwischen den Gemeinden und den Versorgungsunternehmen erarbeitet und wir haben auch Mechanismen für einen Ausgleich überall dort vorgesehen, wo unverhältnismässige Unterschiede der Durchleitungsvergütungen vorhanden sind.

Sie wissen, dass das EMG da auch einen schweizerischen Ausgleich ermöglicht. Das EMG sieht einen schweizerischen Ausgleich vor, wenn in einem Kanton die Durchleitungsvergütungen im Durchschnitt 25 und mehr Prozent über dem Durchschnitt des Landes liegen. Das sind zwei, drei Stichworte zu diesen Vorstellungen, die allerdings weder in Stein gemeisselt noch abschliessend sein können, sondern sie bilden eine gute Diskussionsgrundlage auch im Hinblick auf ein künftiges Vernehmlassungsverfahren, wenn das dann nötig werden sollte. Wir machen uns natürlich auch Überlegungen, was wäre, wenn das Elektrizitätsmarkt-Gesetz abgelehnt würde und sich die Strommarkt-Öffnung ohne Leitplanken ausbreiten würde. Ein solches Szenario wäre gerade für uns, für das Berggebiet, nicht zu unterschätzen. Wir machen uns selbstverständlich auch Gedanken darüber, was in solch einem Fall vorzukehren wäre.

Jenny: Bekanntlich war die RhB-Arosa-Linie im vergangenen Jahr auf Grund grosser Hangrutschungen im Gebiet Steinboden zwischen Ende April und Mitte November grösstenteils unterbrochen. Auf dem Abschnitt Chur–St. Peter–Molinis standen Bahnersatz und Postautos im Einsatz. Sowohl die Schanfigger Talgemeinden und vor allem das Tourismuszentrum Arosa wurden sich der Bedeutung einer sicheren Bahnverbindung bewusst. Dank vorbildlichem Einsatz auf allen Seiten konnte der durchgehende Bahnbetrieb auf die Wintersaison hin sichergestellt werden. Wären diese Naturschäden im Spätherbst eingetreten, hätte dies während der Hauptreisezeiten im Winter unerfreuliche Folgen gehabt. Die Bahn ist, neben der kantonalen Verbindungsstrasse, unser Lebensnerv. Obwohl die kritische Stelle wieder passierbar ist, heisst das noch lange nicht, dass alles in Ordnung ist – wir hoffen das zwar, doch die Natur rechnet mit anderen Ellen als wir Menschen.

Das Schanfigg gilt geologisch betrachtet als ein noch junges Tal. Somit ist das Trasse der Arosabahn, vor allem im äusseren Schanfigg, auch im nächsten Jahr nicht vor ausserordentlichen Murgängen gefeit. Niemand hofft auf ein solches Ereignis, aber man muss leider immer das schlimmste Szenario

rio in die Planung mit einbeziehen. Unsere RhB hat im vergangenen Jahr zwar einen schönen Reingewinn erzielt, wären da nur nicht die erwähnten Hangrutschungen gewesen. Wie zu erfahren war, musste die RhB von den Gesamtaufwendungen im Betrage von 5,6 Millionen Franken 4,5 Millionen Franken selber tragen. Bund und Kanton leisten lediglich einen „à Fond perdu-Beitrag“ von 1,1 Millionen Franken an Naturschäden.

Ein RhB-Finanzierungsgesuch soll vom Bund abgelehnt worden sein. Deshalb würde mich vom Regierungsrat und RhB-Verwaltungsrat Stefan Engler folgendes interessieren:

1. Wie steht es künftig mit der Finanzierung bei vermehrten Naturereignissen auf dem ganzen RhB-Netz? Hat die Regierung diese bündnerische naturgegebene Problematik gegenüber dem Bund klar gemacht? Das einmal davon abgesehen, dass der Bund die RhB auch bezüglich Finanzhilfen im Bereich Investitionen und Substanzerhaltungen nicht gleich behandelt wie die SBB. Gemeint ist die sogenannte Strategie 206 im Zusammenhang mit der Bahnreform zwei. Oder könnte im Rahmen des neuen Finanzausgleichs Bund/Kanton etwas erreicht werden?
2. Was passiert, angenommen die Arosalinie würde noch länger, sogar während der Wintersaison ausfallen? Wo zieht der Bund unter sogenannt grossen Naturereignissen im Sinne des Eisenbahngesetzes die Grenze?
3. Dann vielleicht noch etwas Futuristisches: Ich weiss, lieber Stefan Engler, wir haben vordringlichere Probleme in unserem Kanton zu lösen, aber in Arosa wurde in den letzten Jahren immer wieder eine Bahntunnel-Verbindung zwischen Arosa und Davos thematisiert. Unter anderem gelangte der Arosener Gemeinderat an den Kleinen Landrat der Landschaft Davos mit der Frage, ob man sich an der Ausarbeitung einer Grobstudie beteiligen wolle. Der kleine Landrat erachtete dies zum heutigen Zeitpunkt als nicht opportun. Es ist mir klar, dass ein solches Vorhaben sowohl finanziell als politisch heikel sein kann. Ich habe mich diesbezüglich auch vorletzte Woche mit Ratskollege und RhB-Vize Bachmann darüber unterhalten. Zur Frage: Was hält die Regierung von dieser Vision?

Kollegger: Ich bin davon ausgegangen, dass meine gestern gestellte Frage zum Politikbereich 8, Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit, Ziel 44, Vollzug und Bestimmungen des Elektrizitätsmarktgesetzes heute beantwortet würde. Ich stelle fest, dass dies nicht der Fall ist und beantrage deshalb, nochmals kurz auf dieses Ziel zurückkommen zu dürfen.

Standespräsident Locher: Sie können das machen.

Kollegger: Herzlichen Dank. Ich bedaure, damit Ihre Zeit nochmals in der gleichen Sache kurz in Anspruch nehmen zu müssen. Ich fasse mich kurz.

Herr Regierungsrat Engler, obwohl Sie vorhin selber ausgeführt haben, dass zur Zeit eine Rechtsgrundlage für das ENG noch fehlt, wurde und wird an der entsprechenden Anschlussgesetzgebung zum ENG mit Hochdruck gearbeitet und das trotz dem sehr ungewissen Ausgang dieser Abstimmung im Herbst. Es ist sehr löblich und zeugt von einer grossen Weitsichtigkeit, wenn bereits über ein Jahr vor der eigentlichen Gesetzesabstimmung an der Umsetzung des Gesetzes auf kantonaler Ebene gearbeitet wird. Ich bitte die Regierung aber zu beherzigen, dass vor lauter Zukunft die Gegenwart nicht vernachlässigt werden sollte und frage Sie, Herr Regierungsrat, was ist aus den Zielen vom 10. Januar

der Regierung geworden, insbesondere in Bezug auf die Schaffung der Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Unternehmungen und auch in Bezug auf die Hilfestellung des Kantons gegenüber den Gemeinden für den allfälligen Übergang in den geöffneten Markt?

Looser: Ich spreche zu Information/Beratung auf Seite 186. Die Informationstätigkeit des kantonalen Amtes für Energie ist meines Erachtens sehr gut. In einer Broschüre, herausgegeben von den Ostschweizer Kantonen wurde aufgezeigt, in welchen Kantonen Minergie-Bauten erstellt wurden. Dabei musste ich feststellen, dass in unserem Kanton kein einziger Bau realisiert wurde. Woran liegt dieser Umstand? Sind unsere Architekten noch zu wenig von dieser Bauweise überzeugt, oder sind die Beiträge unseres Kantons tiefer als bei anderen Ostschweizer Kantonen?

Regierungsrat Engler: Es sind somit drei Fragen zu beantworten.

Zur Frage von Herrn Grossrat Jenny bezüglich Finanzierung von Schäden als Folge der Hangrutschungen auf dem Trasse der Arosabahn: Herr Grossrat Jenny hat den Verantwortlichen der Rhätischen Bahn ein Kompliment gemacht. Ich möchte mich diesem Kompliment gegenüber der Direktion und den Mitarbeitern der Rhätischen Bahn anschliessen, zumal es gelungen ist, innert kürzester Zeit diesen Unterbruch auf dem Trasse der Arosabahn zu beheben. Es ging immerhin darum, hier eine Galerie zu bauen, um diesen Hangrutschungen ausweichen zu können.

Bezüglich der Finanzierung ist es in erster Linie Sache der Unternehmung, sich darum zu kümmern. Die Unternehmung, das bedeutet die Rhätische Bahn, hat mit all ihren Möglichkeiten gegenüber dem Bund, dem Bundesamt für Verkehr, versucht klar zu machen, dass es hier nicht um einen ordentlichen Unterhalt geht, welcher aus ordentlichen Investitions- und Unterhaltsmitteln zu finanzieren ist, sondern um die Behebung eines Schadens als Folge eines Naturereignisses. Der Bund hatte für diese Argumentation kein Gehör und hat die Finanzierung auf den ordentlichen Weg verwiesen, d.h. die Finanzierung war aus ordentlichen Mitteln zu tätigen. Wir haben von Seiten der Regierung beim Bundesamt für Verkehr interveniert und versucht, diese Sache zu korrigieren. Eine Antwort ist allerdings bis heute noch nicht eingetroffen.

Es gibt keine pauschale und generelle Antwort auf die Frage, wann wird eine Behebung eines Schadens als Folge eines Naturereignisses angesehen und wann als Folge eines Unwetters, welches nicht den Grad einer Naturkatastrophe annimmt. Man wird das von Fall zu Fall mit dem Bundesamt für Verkehr zu diskutieren haben und versuchen, eine Einigung darüber zu finden. Natürlich wäre es uns auch lieber, wenn es nach einer etwas grosszügigeren Sichtweise beurteilt würde. Eine solche würde die Rhätische Bahn deutlich entlasten.

Mit der Frage, wie sich die Regierung zu dieser Vision einer Verbindung Arosa – Davos stelle, hat sich die Regierung bis heute noch nicht auseinander gesetzt – sie erreichte die Regierung noch nicht.

Ich denke jedoch, dass es nicht verboten ist, auch im Verkehrsbereich visionär zu sein. Auch die Erbauer der Vereinalinie waren einmal visionär. Wenn man weiss, dass Visionen bei uns eine Vorlaufzeit von rund 50 Jahren haben, so kann man schon einmal damit beginnen.

Herr Grossrat Kollegger sieht andere Massnahmen als dringlicher an, als sich mit der Anschlussgesetzgebung zum EMG

zu befassen. Ich bin der Meinung, dass wir uns auch im Falle einer Ablehnung mit dem Problem befassen müssen. Wenn es zu einer Ablehnung käme, und Sie wissen das besser als ich, wäre die Strommarkt-Öffnung, die bereits im Gange ist, viel unkontrollierter. Ich denke, dass wir auch dann einen Handlungsbedarf im Kanton bekommen könnten, um dieses Ziel des Service Public bei der Stromversorgung garantieren zu können.

Sie sprechen die energiepolitischen Ziele an, was hat der Kanton seit 2001 gemacht, und Sie sprechen die Wettbewerbsfähigkeit der Wasserkraft im Speziellen an. Das ist eines der energiepolitischen Ziele der Regierung. Ich denke, dass wir mit der Übereinkunft mit der Strombranche wie die Erträge in Zukunft besteuert werden sollen, doch einen Schritt in diese Richtung getan haben, weil in Zukunft die Marktverhältnisse ausschlaggebend sein werden, was an Steuern zu bezahlen ist. Wir haben aber auch im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Elektrizitätsmarktgesetzes erreicht, dass verschiedene Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen wurden, von denen die Wasserkraft dann profitieren kann, immer vorausgesetzt, das Gesetz wird angenommen. Dafür, dass es angenommen wird, werbe ich, weil gerade die Wasserkraft in diesem EMG einen Stellenwert bekommen hat.

Wir haben auf internationaler Ebene zusammen mit den Alpenländern und mit Regionen, die auch an der Wasserkraft interessiert sind, Interreg-Projekte in Vorbereitung, in welchen wir auch unseren Teil beitragen möchten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wasserkraft.

Wenn Sie die Hilfestellung an die Gemeinden ansprechen, sich in einem öffnenden Strommarkt zurechtzufinden, so respektieren wir einerseits die Zuständigkeiten, nämlich die Zuständigkeiten der Gemeinden, werden aber unterstützend tätig, wenn das von den Gemeinden gewünscht wird. Und ich kann Ihnen sagen, dass verschiedene Gemeinden unsere Unterstützung auch in Anspruch nehmen und mit uns Varianten diskutieren, die sie in der Gemeinde und zusammen mit den Versorgungsunternehmungen dann im Detail ausgestalten. Es ist also so, dass wir mit den beschränkten personellen Ressourcen auch in diesem Bereiche das Möglichste tun.

Herr Grossrat Looser fragt, wie es sich mit Minergie im Kanton Graubünden verhalte. Er spricht eine Publikation der Ostschweizer Energiefachstelle an, in der kein bündnerisches Gebäude ausgezeichnet wurde. Das hängt, Herr Grossrat Looser, nicht damit zusammen, dass in Graubünden nicht nach dem Minergie-Standard gebaut würde, sondern dass keine Eingaben an diese Jury gemacht wurden. Ich stelle mit einiger Befriedigung fest, dass hier der Funke gezündet hat und im Kanton zunehmend nach dem Minergie-Standard gebaut wird, und zwar von der öffentlichen Hand und von Privaten. So haben wir letztes Jahre immerhin in 15 Fällen dieses Label Minergie ausstellen können. Wir haben davon nicht viel Aufhebens gemacht, aber immerhin stelle ich doch einen positiven Trend fest und das auch bei der öffentlichen Hand. Wir werden auch beim Werkhof in Ilanz von der öffentlichen Hand her versuchen, das umzusetzen. Wir wollen damit ein Beispiel sein für andere Institutionen und auch für die Gemeinden.

Im privaten Sektor ist es sehr unterschiedlich, wo Sie solch ein Minergie-Haus hinstellen wollen, ob das in den klimatischen Verhältnissen des Oberengadins oder im Rheintal ist. Es gibt gewisse Probleme, je nach Standort den Standard zu erreichen. Es gibt auch gewisse Probleme, den Standard zu erreichen bei Umbauten, wo beispielsweise Lüftungssysteme

ersetzt werden müssen usw.. Bei einem Chalet ist das vielleicht etwas einfacher als bei einem massiven Steinhaus im Engadin.

Standespräsident Locher: Ich übergebe nun den Vorsitz an Standesvizepräsident Hans Telli.

Standesvizepräsident Telli: Vorerst möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich für die Wahl zum Vizepräsidenten bedanken. Ich freue mich auf diese zusätzliche Aufgabe und hoffe, dass ich dieser gerecht werden kann.

Walther: Ich möchte nochmals zurückkommen auf die Antwort von Regierungsrat Engler betreffend Julier. Diese entspricht meines Erachtens nicht genau der Wahrheit, weil meine Wahrnehmungen anders sind. Wenn es nämlich so wäre, hätten die Bündner Lastwagenhalter neuerdings in Holland, in Italien, in Belgien und in Deutschland immatrikulierte Fahrzeuge. Solche Nummernschilder sehe ich jetzt nämlich dauernd auf diesem Pass. Vielleicht wäre eine Zählung angebracht, um hier Klarheit zu schaffen.

Ich möchte es aber auch nicht unterlassen, den Ausbau lobend zu erwähnen. Es ist wirklich tadellos und ein gutes Tempo wie hier vorangegangen wird.

Nun aber noch ein anderer Punkt, der mich beschäftigt und den Strassenausbau betrifft. Es betrifft die Stellung, die Bern in neuer Zeit einnimmt. Es wird immer wieder betont – Bundesrat Leuenberger hat das mehrmals gemacht – dass in erster Linie die Agglomerationen bevorzugt behandelt werden sollen, d.h. dass in den Agglomerationen das Verkehrsproblem zu lösen ist.

- Herr Regierungsrat, wie wirkt sich das auf unsere Finanzlage aus?
- Können wir diesen Anfängen wehren? Ich befürchte, dass der Geldfluss auf einmal in diese Grossagglomerationen geht und das sind Moloche, die so viel Geld absorbieren werden, dass wir dann auf einmal das Nachsehen haben.
- Und noch eine Zusatzfrage: Gibt es eine Prognose zur Umfahrung Silvaplana?

Zanolari: Gestern habe ich eine Frage gestellt in Bezug auf den öffentlichen Verkehr und diese Frage wurde heute nicht beantwortet. Ich frage, darf ich darauf zurückkommen und diese Frage stellen?

Standesvizepräsident Telli: Sie dürfen.

Zanolari: Ich habe betreffend der Zukunft der Bahnverbindungen gesprochen. Auf Bundesebene werden beachtliche Mittel in den öffentlichen Verkehr investiert, insbesondere für die verschiedenen Grossprojekte wie NEAT, Verkehrsverlagerung auf die Schiene, TGV-Anschluss usw. Die finanziellen Forderungen überall im Land wachsen, während die Ostschweiz mit einigen wenigen bescheidenen Investitionen und Verbesserungen auskommen muss. Dringendst notwendige Erneuerungen und Strukturanpassungen der Bahn werden in der Ostschweiz systematisch verschoben. Meine Frage:

- Sollte Graubünden in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen der Ostschweiz auf Grund dieser neuen angekündigten Investitionen nicht eine neue gemeinsame Strategie entwickeln und konkretere Vorstellungen vorlegen?

Claus: Im Rahmen der Behandlung eines Vorstosses zur Schaffung von Ausweichstellen und Überholmöglichkeiten für Lastwagen haben Sie zugesagt, dass Sie überprüfen werden, ob im Rahmen der normalen Unterhaltsarbeiten solche Gelegenheiten geschaffen werden können. Im Landesbericht wird über diese Tätigkeit nichts ausgesagt. Es würde mich interessieren, ob es gelungen ist, einige solche Plätze und Ausweichstellen zu realisieren?

Barandun: Mir bereitet der Zustand der Hauptstrassen in unserem Kanton im Allgemeinen und derjenige der Verbindungsstrassen im Speziellen grosse Sorge. Ich bin überzeugt, dass in den Unterhalt unserer Strassen in Zukunft mehr investiert werden muss. Ich bin gleichzeitig auch der festen Überzeugung, dass dies eine sinnvolle Wirtschaftsförderung für unseren Kanton mit unseren vielen zum Teil abgelegenen Talschaften beinhaltet.

Im Weiteren möchte ich an dieser Stelle die Öffnungszeiten der Pässe ansprechen, im Speziellen des Albulapasses. Für uns Albulataler und im Speziellen für mich als Vertreter des Kreises Bergün ist die Öffnung des Albulapasses im Frühling von besonderer Bedeutung. Was nützt es uns, wenn im benachbarten Engadin die Golfplätze bereits begrünt und zum Spielen bereit sind und der Albulapass wegen zwei bis drei kritischen Stellen bei der sogenannten Grenzlawine geschlossen bleiben muss. Wir sind sehr stark mit der Landschaft Davos und dem Engadin verhängt. Für uns Gewerbetreibende und für den Tourismus ist es daher eminent wichtig, dass vor allem im Frühling der Albulapass möglichst früh geöffnet wird. Dass man das nicht von einem Tag auf den andern realisieren kann, ist mir bewusst. Aber wenn man während der Wintermonate, vor allem nach dem Schneefall, hie und da die Grenzlawine, d.h. die so genannte kritische Stelle sprengen würde, würde der Aufwand im Frühling für eine massvolle Öffnungszeit klein sein.

Ich bitte Sie, bei der Budgetierung darauf zu achten, Herr Regierungsrat, dass meinem Anliegen bei der Bereitstellung der Mittel für den allgemeinen Unterhalt der Strassen und für die Öffnung des Albulapass gebührend Rechnung getragen wird und ich hoffe, dass unsere Finanzdirektorin dafür auch etwas Verständnis aufbringt.

Hartmann: Diesen Winter hatten wir keine grossen Schneefälle und somit auch keine Probleme mit der Offenhaltung der Strecke Sils-Maloja.

Wie weit ist das Tiefbauamt mit der Abklärung betreffend Lawinenschüssen, Lotsendienst oder anderen Varianten im Falle von grossen Schneefällen?

Es interessiert mich, was passiert, bis die Projekte für die Realisierung einer definitiven Lösung dieses Teilstückes reif sind? Es ist allen bekannt, dass die Strecke via Bergell für das Oberengadin sehr wichtig ist. Es ist eine Zufahrtsstrecke für Grenzgänger, Arbeitnehmer des Bergells und für Feriengäste.

Im Weiteren habe ich folgende Frage: Stimmt es, dass ab dem Jahre 2005 die „40-Töner“ auch das Engadin und Bergell offiziell befahren dürfen? Wenn ja, gibt es keine Möglichkeit, dies zu verhindern? Unsere Strassen sind für solche schwere Lasten nicht gebaut. Und wenn wir ja ohnehin zu wenig Geld zur Sanierung der Strassen haben, müsste man diese „40-Töner“ aus unseren Bergtälern fernhalten.

Giovannini: Die Tabelle auf Seite 191 gibt Auskunft über die Befahrbarkeit der Pässe. In dieser Aufstellung werden die Sperrungen für ganztägige Schliessungen erfasst. Das gibt

zum Teil ein falsches Bild über die effektiven Schliessungen. Der Malojapass inklusive Strecke Maloja-Sils ist laut Tabelle im Winter 2001 zehn Tage lang geschlossen gewesen. Eine sehr lange Zeit. In Wirklichkeit waren die Sperrungen aber viel länger. Zu diesen zehn ganzen Tagen kommen noch neun bis zehn Tage, während der der Malojapass, bzw. die Strecke Maloja-Sils tagsüber von 09.00 Uhr bis um ca. 18.00 Uhr geschlossen war. Nach meiner Meinung ist eine solche Statistik nur aussagekräftig, wenn sie vollständig ist und auch die Teilsperren, die über eine gewisse Zeit hinausgehen, aufzeigt. Mindestens gilt dies für die Pässe, die ganzjährig offen sein sollten. Im Übrigen bin ich gespannt auf die Antwort zu den Fragen von Ratskollege Hartmann.

Regierungsrat Engler: Grossrat Walther zweifelt an der Aussage, dass sich der Schwerverkehr auf der Julier Route nicht substantiell erhöht habe. Ich habe gesagt, nicht im Zusammenhang mit dem Gotthard-Ereignis, weil bei den Zollübergängen in Castasegna und in Campocologno, das wäre ja das Naheliegendste, eine solche Zunahme an Schwerverkehr nicht festgestellt worden ist.

Es gibt eine Zählstelle auf der Julier-Südseite, eine Zählstelle allerdings, über die auch der Zu- und Wegbringerverkehr zum Kieswerk führt. Diese Zählstelle hat tatsächlich mehr Frequenzen gezeigt. Allerdings hängt diese Zunahme teilweise mit diesem Kieswerk zusammen, teilweise auch mit den vermehrten Holztransporten, die in den letzten Monaten in der Tat festgestellt wurden.

Wir werden auf Grund dieser Anfragen von heute abklären, weshalb zunehmend im Ausland immatrikulierte Fahrzeuge auf der Julierstrasse zu sehen sind. Ich habe das selber auch festgestellt, Herr Grossrat Walther. Allerdings handelt es sich um eine Momentaufnahme, man muss das auf eine Dauer hin hinaus beobachten und dann erörtern, woher das kommt. Nicht auszuschliessen ist, dass damit auch Versorgungsverkehr für das Engadin verbunden ist. Es ist auch nicht auszuschliessen, dass Bündner ihre Lastwagen im Ausland immatrikulieren, das soll vorkommen, weil es billiger ist. Wir werden dem aber auf den Grund gehen, Herr Grossrat Walther.

Ihre Sorge, dass die Bundesmittel im Strassenbau in Zukunft verstärkt den Agglomerationen zu Gute kommen sollen, teile ich hundertprozentig. Vor allem der Gegenvorschlag des Bundesrates zur Avanti-Initiative, verknüpft mit der Verpflichtung des Bundesrates, innerhalb eines Jahres ein Ausbauprogramm für diese fraglichen Strecken auf die Beine zu stellen, unterstützt und verstärkt diese Besorgnis.

Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten vor allem auch beim Instrument des Sachplanes Strasse, welcher in den nächsten Wochen und Monaten zur Vernehmlassung in die Kantone kommen soll, alles daran setzen, den grösstmöglichen Teil unseres Strassennetzes als Strassen von nationaler Bedeutung zuerkannt zu bekommen. Das hat dann einen wesentlichen Einfluss auf die künftige Finanzierung des Ausbaus im Strassenwesen.

Ich teile also Ihre Besorgnis: Ich kann Ihnen versichern, dass wir auf der Hut sein und auch politisch auf Bundesebene Einfluss nehmen werden.

Herr Grossrat Claus fragt an, was mit seinem Postulat gegangen sei, wonach die Regierung sich verpflichtet habe, Ausstellplätze auf dem kantonalen Strassennetz für den Schwerverkehr zu signalisieren. Ich kann Ihnen sagen, dass man in einer aufwändigen Aktion etwa 500 Plätze als mögliche Ausstellplätze aufgenommen und diese dann im Einzelnen geprüft hat. Etwa die Hälfte fiel von Anfang an als un-

brauchbar weg. Bei den anderen 250 Möglichkeiten hat man weiter evaluiert, inwieweit hier es sich unter dem Gebot der Sicherheit aber auch des notwendigen Aufwandes rechtfertigt, solche Ausstellplätze zu konkretisieren. Es wurden bis heute 18 Ausstellplätze vorbereitet, davon sind acht bereits fertiggestellt und signalisiert. 18 weitere sollen im Zusammenhang mit Strassenkorrekturen, bzw. mit dem notwendigem Strassenunterhalt bereit gestellt werden. Im Übrigen stellen wir fest, dass vor allem an den Pässen viele Plätze als Parkplätze für Berggänger und für Touristen dienen und hier kommt man relativ schnell in einen Konflikt einer Mehrfachnutzung dieser Ausstellplätze. Das Problem ist aber anerkannt und angegangen worden. Erste Erfolge sind auch bereits erkennbar. Wenn Sie in diesem Kanton unterwegs sind, stellen Sie diese Signalisationen für Ausstellplätze für den Schwerverkehr fest.

Herr Grossrat Barandun spricht den zunehmend schlechteren Zustand unseres Strassennetzes an und unterstreicht damit auch die Besorgnis, die auch mit dem Postulat Hardegger einmal vorgetragen wurde und auch von der Regierung mitgetragen wird. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass wir es uns in Zukunft nicht leisten können, weniger Mittel in den Strassenunterhalt zu investieren. Im Gegenteil, wir müssen alles dafür tun, diese Mittel mindestens im heutigen Umfang zu erhalten, noch besser aber zu erhöhen.

Betreffend der Möglichkeiten, die der Kanton hat, Gelder vom Ausbau in den Unterhalt zu transferieren, habe ich Ihnen mehrfach dargelegt, dass ein solcher Transfer nicht immer sinnvoll wäre, vor allem wenn man weiss, dass der Bund von den Ausbaukosten rund drei Viertel mitträgt und der Kanton für den Unterhalt alles selber zu bezahlen hat. Aber Ihre Besorgnis ist in jedem Fall berechtigt und auch der Regierung bekannt.

Sie haben dann noch die Offenhaltungsdauer der Pässe angesprochen. Sie haben den Albulapass erwähnt und kritisieren, dass man den Albulapass allenfalls länger als nötig geschlossen hält. Ich muss Ihnen sagen, dass wir hier auch eine Abwägung vornehmen zwischen den Sicherheitsbedürfnissen und damit den Risiken einer früheren Öffnung und dem Aufwand, welcher mit der Räumung verbunden wäre. Dann sind aber auch die Unterhaltskosten zu berücksichtigen, die eine frühere d.h. längere Offenhaltung des Albulapasses nach sich ziehen würde. Wir hatten dieses Jahr Glück, weil wir einen relativ milden Winter hatten und damit eigentlich alle Pässe früher öffnen konnten als gewohnt.

Dass Sie auch die volkswirtschaftlichen Argumente für das Albulatal im Austausch mit dem Oberengadin ins Feld führen, dafür habe ich als Albulataler hohes Verständnis. Wir werden nicht nur bezüglich des Albulapasses, sondern bezüglich aller Alpenübergänge die Frage prüfen, inwieweit längere oder frühere Öffnungen möglich sind.

Herr Grossrat Hartmann und Herr Grossrat Giovannini sprechen die Verbindung zwischen Sils und Maloja entlang dem Malojasee und damit die Verbindung des Bergells mit dem Oberengadin an. Wir waren im Winter 2001 tatsächlich mit der Situation konfrontiert, dass nicht nur an zehn ganzen Tagen diese Verbindung unterbrochen war, sondern an rund 19 Tagen Unterbrechungen bestanden – Unterbrechungen auf Grund einer, das muss man allerdings auch sagen, speziell hohen Risikosituation mit hohen Schneemengen und hoher Gefährdung der Kantonsstrasse durch Lawinen.

Wir haben uns dieses Problems angenommen und versucht, verschiedene Varianten aufzuzeigen, mit denen diese Schliessungsdauer reduziert werden könnte. Der Fächer an Varianten reicht von längeren Galerien, einer Tunnel-Variante,

die gegen 100 Millionen Franken teuer wäre, bis zum anderen Ende dieses Spektrums mit betrieblichen Verbesserungen durch bessere Überwachung des Streckenstücks und damit kürzeren intervallmässigen Öffnungen, die damit ermöglicht würden. Das ist der Fächer an Varianten, dazwischen liegen Varianten mit Sprengungen. Und hier, Herr Grossrat Hartmann und Herr Grossrat Giovannini muss ich Ihnen sagen, dass wir intern mit den Förstern gewisse Unstimmigkeiten haben, ob diese Sprengungen zweckmässig sind und ob man damit nicht noch zusätzliche Gefahren schafft, in dem die Erosion mit periodischen Sprengungen eher noch gefördert würde. Wir haben das Problem im Moment auf dem Tisch des Tiefbauamtes. Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Wochen – ich habe das Herrn Giovannini leider schon einige Male sagen müssen – Ergebnisse präsentieren können. Man muss also abwägen, inwieweit solche periodischen Sprengungen nicht andere Reflexschäden mit sich bringen, ohne dass sie die Öffnungsdauer massgeblich beeinflussen können.

Dann hat Grossrat Zanolari die Anbindung von Graubünden bzw. der Ostschweiz an das schweizerische und internationale Schienennetz angesprochen. Auch in dieser Frage hatten wir in der Vergangenheit verschiedentlich Gelegenheit, auf Vorstösse zu antworten. Ich kann Ihnen versichern, Herr Grossrat Zanolari, dass wir, die in der Ostschweiz politisch Verantwortlichen für den öffentlichen Verkehr, in Bern bei Herrn Bundesrat Moritz Leuenberger vorstellig geworden sind – letztmals in der letzten Woche – und einmal mehr verlangt haben, dass die Mittel aus der ersten Etappe Bahn 2000 auch in der Ostschweiz zu investieren seien und wir hier ein Ungleichgewicht in der Verteilung der Mittel zwischen der Westschweiz und der Ostschweiz festgestellt hätten. Wir haben auch ganz konkret aufgezeigt, wo wir hier die Prioritäten sehen. Wenn ich von mir spreche, so passiert das im Verbund der Ostschweizer Verkehrsdirektoren. So wollen wir u.a. ein besseres Angebotskonzept zwischen SBB und RhB Zürich – Graubünden erreichen. Wir verlangen die Schliessung der Doppelspurlücke Mühlehorn – Tiefenwinkel. Wir verlangen den Ausbau des Bahnhofs Landquart und wir verlangen eine bessere Anbindung an den Süddeutschen Raum. Wir haben also sehr konkrete Forderungen geltend gemacht. Ich denke schon, dass nach diesen Gesprächen, die auch in den vergangenen Wochen und Monaten wieder geführt worden sind, etwas erreicht werden kann.

Stiffler: Im Zusammenhang mit den Strassen habe ich eine Frage an Regierungsrat Engler. Ich habe Kenntnis davon, dass seit dem 1. April vom Bundesamt für Verkehr für den Transport gefährlicher Güter durch Strassentunnels ein Verbot besteht, und zwar für folgende Tunnels: Viamala, Bärenburg, Rofla, San Bernardino, Rongellen 2 sowie für Tunnels auf der Kantonsstrasse zwischen Thusis und Zillis, Solis und Alvaschein auf der Kantonsstrasse zwischen Thusis und Tiefencastel und Landwassertunnel – und das interessiert mich am meisten – auf der Kantonsstrasse zwischen Tiefencastel und Davos. Bei diesem neuen Verbot scheint vor allem die Sicherheit im Vordergrund zu stehen.

Tatsache ist, dass Tankfahrzeuge zu den sichersten Fahrzeugen auf der Strasse gehören. Diese Lkws werden jährlich vom Verkehrsamt gründlich geprüft. Auch die turnusgemässe Prüfung durch die EMPA für Feuerlöscher usw. erfolgt regelmässig. Die Tankfahrzeuge sind mit vielen Notfallgeräten wie Feuerlöscher, Warnvorrichtungen, Notbesteck für Leckbekämpfung usw. ausgerüstet. Die Chauffeure müssen in regelmässigen Abständen Kurse absolvieren und Prüfungen

gen bestehen, um die richtige und rasche Handhabung all dieser Geräte sicherzustellen. Die Gefahren werden deshalb wirklich auf das mindest Mögliche reduziert.

Meine Frage an Regierungsrat Engler: Was gedenkt er oder die Regierung zu unternehmen, um dieses Verbot – ich kann nicht sagen, zu umgehen, das darf man wahrscheinlich nicht – aber anders gefragt, gibt es eine Lösung, dass die Transporte irgendwie auch aus sozialer Sicht besser gemacht werden können? Ich sage Ihnen ein Beispiel: Ein Davoser Ölhändler, der nach Wiesen Öl liefert, muss über Chur/Lenzerheide fahren und dann umladen, weil in Wiesen die grossen Tankfahrzeuge nicht überall hinfahren können. Das sind Belastungen auf der Strasse, die nicht sein müssten. Ich frage mich, wie man das dem Bundesamt zu verstehen geben kann.

Zinsli: Wir haben von Seiten der Regierung gehört, dass sehr viele Forderungen und Projekte anstehen und wir aber auch sehr viel Geld vom Bund brauchen, um diese Sachen zu realisieren. Deshalb habe ich eine Frage im Zusammenhang mit dem NFA-Reformprojekt. Wir lesen da auf Seite 136: Mit dem umfassenden NFA-Reformprojekt sollen der Schweizerische Tourismus gestärkt, die Staatsaufgaben bürgernaher und effizienter erfüllt sowie der Finanzausgleich transparenter, wirksamer und steuerbar ausgestaltet werden.

Ich neige dazu, Folgendes zu sagen: „Lisa, ich erkenn dich am Geläut“. Weiss man beim Baudepartement, was dieses Projekt für Auswirkungen auf die Geldströme und die verschiedenen Finanzierungen hat, die wir vom Bund für die Projekte benötigen.

Hartmann: Herr Regierungsrat Engler, ich vermisse noch die Antwort auf meine Frage zu den „40-Tönnern“.

Walther: Die Frage betreffend Umfahrung Silvaplana wurde noch nicht beantwortet.

Regierungsrat Engler: Zuerst die Frage betreffend möglicher Zeitpunkt der Realisierung der Umfahrung Silvaplana.

Wir haben eine politische Prioritätenordnung vorgenommen. Die Umfahrung von Silvaplana wird das nächste grosse Hauptstrassenprojekt in diesem Kanton sein, das in Angriff genommen wird. Die Inangriffnahme wird mit dem Abschluss der Arbeiten an der Umfahrung von Flims zusammenfallen, d.h. 2007 dürfte der Horizont für die Inangriffnahme der Arbeiten an der Umfahrung Silvaplana sein.

Dann die Frage noch von Herrn Grossrat Hartmann bezüglich Öffnung des kantonalen Strassennetzes für 40-Töner. Sie wissen es, die Regierung hat eine eher restriktive Haltung eingenommen und sich dafür eingesetzt, dass die 40-Töner beschränkt bleiben auf die A13 selbstverständlich und auf gewisse Talachsen. Dieser Entscheid der Regierung wurde beim Bundesrat angefochten, entschieden ist dort noch nichts.

Wir sind nicht, auch aus Strassenbausicht, sehr stark daran interessiert, möglichst viele Strassen für 40-Töner zu öffnen, zumal auch die Erträge aus der LSVA zu einem gewissen Teil davon abhängen, wie viel an Strassennetz für 40-Töner offen ist und wie viel nicht.

Zur Zeit sind 40-Töner auf der Malojapasstrasse nicht vorgesehen. Ich hoffe, dass wir nicht vom Bundesrat gezwungen werden, hier zu korrigieren.

Zur Frage von Herrn Grossrat Stiffler: Das Problem ist mir bekannt. Auf den ersten April wurde handstreichartig eine

Verordnung geändert, welche die Transporte von Treibstoffen auf gewissen Strecken unterbindet.

Ich bin auch von entsprechenden Transportunternehmungen angegangen worden, die mich darauf aufmerksam gemacht haben, dass sogar Versorgungsengpässe entstehen könnten, wenn das so durchgezogen würde, wie es in dieser Verordnung vorgeschrieben wird.

Ich habe mit der Polizei bereits die entsprechenden Gesuche in Vorbereitung, die wir dem Bundesamt für Strassen unterbreiten werden, um diese Verordnung abgestimmt auf unsere Verhältnisse zu korrigieren.

Ich muss Ihnen sagen, wir sind selber überrascht worden von diesen neuen Sicherheitsbestimmungen. Diese wurden unabhängig von den Frequenzen in diesen Tunnels getroffen. Als Kriterium für den Erlass wurde hier ausschliesslich die Länge der Tunnels berücksichtigt.

Herr Grossrat Zinsli fragt nach den Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs. Die allgemeinen Fragen, was das soll oder zu was das gut sein soll, stellen Sie bitte der Finanzdirektorin – sie ist auch Präsidentin der Schweizerischen Finanzdirektoren, die dieses Projekt im Wesentlichen mittragen und mitgestaltet haben. Ich denke, dass der Einfluss unserer Finanzdirektorin hier einiges zu Gunsten unseres Kantons gebracht hat und wir doch einige unserer Wünsche und Ansichten – über die Funktion der Präsidentin der Eidgenössischen Finanzdirektoren – einbringen konnten.

Die Hauptstossrichtung ist klar, der Bund will sich in Zukunft nur noch für die Nationalstrassen interessieren und da sowohl den Ausbau als auch den Unterhalt bezahlen. Im Kantonsstrassennetz ist primär der Kanton zuständig, wobei es Strassen von nationaler Bedeutung gibt, an welche wiederum der Bund objektbezogen Mittel ausrichten will. Deshalb ist es mein Interesse, dass dieser Sachplan Strasse möglichst so ausfällt, dass die Haupterschliessungsachsen und auch Transitverbindungen zu Strassen nationaler Bedeutung erklärt werden. Das heisst nicht, dass man da Autobahnen und Nationalstrassen daraus macht, sondern es sind dann Kantonsstrassen von nationaler Bedeutung, die für die Finanzierungsvoraussetzungen günstiger sind.

Was aus dem allgemeinen Finanzausgleich an den Kanton kommt, wird in Zukunft – so gehen wir zumindest davon aus – nicht weniger sein, als wenn wir die heutigen Finanzströme aufaddieren. Was allerdings eintreten wird, ist ein härterer Verteilungskampf – auch in diesem Rate – um diese Finanzausgleichsmittel. Bisher wurden diese Mittel objektbezogen dem Kanton zugesprochen, in Zukunft wird ein Teil dieser Mittel nicht mehr objektbezogen und auch nicht strassenbezogen zugesprochen, sondern ganz allgemein dem Finanzausgleich zugewiesen.

Trepp: Ich habe zwei Fragen zum Hochbauamt. Die erste habe ich schon gestern gestellt, sie betrifft mein Postulat Rauchfreiheit in kantonalen öffentlichen Gebäuden. Die Regierung hat dieses entgegen genommen und ist daran, ein Konzept auszuarbeiten. Ich frage nach den Stand der Dinge. Ihr Kollege, Gesundheitsminister Aliesch hat mich an Sie verwiesen, denn er meinte, Rauchfreiheit mag ja etwas mit Gesundheit zu tun haben, aber dafür, was man in einem Gebäude tun und lassen kann, für das ist das Hochbauamt zuständig. Das stand sogar im Tagblatt heute. Das wäre die eine Frage. Am Freitag ist wieder einmal Tag des Nichtrauchens und es wäre schön, wenn Sie uns hier gute Resultate bekannt geben könnten.

Die zweite Frage betrifft die Parkplatzbewirtschaftung. Im Budget 2001 haben Sie Einnahmen von 36'000 Franken ein-

geplant. In der Rechnung sehe ich nun, dass gar nichts eingenommen wurde. Ihr Vorgänger, Regierungsrat Bärtsch ist mit seinem Konzept in der eigenen Regierung gescheitert. Meine Frage ist, an was sind Sie bisher gescheitert? Wie ist hier der Stand der Dinge?

Regierungsrat Engler: Es sind zwei Fragen zum Hochbauamt von Herrn Grossrat Trepp zu beantworten. Herr Regierungsrat Aliesch hat Sie an mich verwiesen, ich könnte Sie nun an Frau Regierungsrätin Widmer verweisen, weil das Personalamt mit der Frage der Rauchfreiheit in kantonalen öffentlichen Gebäuden befasst ist, und zwar in diesem Koordinationsteam, welches für die Umsetzung der Richtlinien zur Arbeitssicherheit tätig geworden ist.

Ich kann Ihnen aber trotzdem eine Antwort auf diese Frage geben, und zwar in der Richtung, dass diese Koordinationskommission dieses Konzept in Erarbeitung hat und auch eine Besichtigung der Gebäude stattgefunden hat. Diese Kommission beabsichtigt, der Regierung nach den Sommerferien das entsprechende Konzept zu unterbreiten. Ein Konzept, das in der Umsetzungsphase allerdings – das haben wir bei der Beantwortung des Vorstosses gesagt – auch davon abhängig sein wird, wie viele Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um spezielle raucherfreie Räume einzurichten, wo das allenfalls nötig ist. Das Konzept kann aber auch zur Schlussfolgerung gelangen, dass gar keine baulichen Massnahmen, sondern nur betriebliche Massnahmen möglich sind, um den von Ihnen verfolgten Zweck zu erreichen. Im Übrigen glaube ich gehört zu haben, dass sich das Hochbauamt an dieser Aktion „Tag des Nichtrauchens“ beteiligen will und sich in irgend einer Art und Weise im Foyer bemerkbar machen wird.

Nun zur zweiten Frage: Sie fragen, woran ich gescheitert sei mit der Parkplatzbewirtschaftung. Der Hauptgrund des bisherigen Scheiterns – es ist noch nicht gescheitert – liegt in der Neuzuteilung von Aufgaben, mit denen ich seit letzten August konfrontiert wurde. Wir hatten im Departement exakt zu dieser Zeit die entsprechende Vorlage beisammen. Das bedeutet, wir hatten ein Konzept und auch eine entsprechende Parkplatzverordnung, die intern bereits das Vernehmlassungsverfahren durchlaufen hatte und die ich in den nächsten Wochen der Regierung unterbreiten möchte. Hauptgrund waren also die Prioritäten, die sich seit letzten August in unserem Departement verschoben haben.

Es gibt aber auch einen zweiten Grund, der sich in der Zwischenzeit eingestellt hat. Das sind die Gespräche, die ich mit dem Stadtrat von Chur führe – mit Stadtrat Trepp – betreffend zukünftige Gestaltung hier am Untertor. Hier bestehen gewisse Absichten, alle Parkplätze aufzugeben. Ich und die Regierung haben Stadtrat Trepp – nicht erlaubt – aber zugestimmt, diese Projektierung an die Hand zu nehmen – mit der Aufgabe dieser Parkplätze hier am Untertor. Und Sie wissen, diese Parkplätze am Untertor sind eine wesentliche Voraussetzung des Parkplatzbewirtschaftungskonzeptes, vor allem ausserhalb der Arbeitszeit. Aus diesem Grunde schien es uns auch nicht opportun, einen Gebührenautomaten hinzustellen, welcher dann allenfalls nur kurze Zeit da wäre, weil diese Gespräche mit der Stadt Chur noch laufen und durchaus interessante und reizvolle Perspektiven bestehen, hier einen attraktiven Begegnungsort zu schaffen.

Meyer: Ich möchte zu J. Strafanstalt Sennhof auf Seite 216 und zu K. Strafanstalt Realta zwei Fragen stellen. Bezüglich Belegungszahlen kann man lesen, dass diese im Sennhof von 85 auf 50 Prozent gesunken sind. Auch bei der Strafanstalt

Realta sind die Auslastungszahlen gesunken. Den Medien war kürzlich zu entnehmen, dass auf Grund dieser rückläufigen Belegungszahlen eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, die Zusammenarbeitungsmöglichkeiten zwischen Sennhof und Realta prüfen soll.

Ich möchte deshalb folgende Fragen stellen: Sind zum jetzigen Zeitpunkt schon Lösungsvorschläge vorhanden und wenn, wie sehen diese aus? Welche Rolle spielt dabei der geplante Ausschaffungstrakt in Realta bei den Erwägungen dieser Arbeitsgruppe? Steht eine Schliessung der Strafanstalt Sennhof, bzw. eine Auslagerung nach Realta zur Diskussion?

Hess: Ich spreche zur Strafanstalt Realta, wobei ich das als Aufhänger nehme für ein Thema, das eigentlich nicht nur Realta betrifft, sondern ebenso zum Beispiel die Klinik Beverin, den Plantahof, den Gutsbetrieb Waldhaus und allenfalls weitere kantonale Institute.

Kürzlich hat die Strafanstalt Realta – man sieht das bei den von der GPK genehmigten Krediten – mit zusätzlichen 200'000 Franken einen Verkaufsladen errichtet. Dieser Verkaufsladen – er ist professionell und super gemacht – löste in der Bevölkerung eine grosse Freude aus. Es werden nicht nur landwirtschaftliche Produkte des eigentlichen Gutsbetriebes angeboten, sondern zusätzlich Fleisch und vor allem natürliche Produkte aus dem Gartenbau-Betrieb aber auch Zimmerpflanzen.

Zusätzlich hat die Klinik Beverin einen Minigolfplatz errichtet. Wahrscheinlich wird ein Kiosk folgen, an welchem Speisen in kleinerem Ausmasse angeboten werden. Das ist die Ausgangslage.

Gründe für solche Aktivitäten sind einerseits sicher die Integration zum Beispiel psychisch Kranker in der Bevölkerung und sinnvolle Beschäftigung von Gefangenen. Diese Ziele können wir sicher unterstützen. Diese Sachen werden von diesen Betrieben denn auch echt gut gemacht.

Aber, und jetzt komme ich zur Problematik, es gibt wirklich ein grosses Aber. Diese Betriebe bilden eine echt grosse Konkurrenz zu lokalen Gewerbebetrieben in unserer Region, zum Beispiel für Dorfläden, für Landwirtschaftsbetriebe, die direkt vermarkten, aber auch für lokale Gewerbebetriebe. So befindet sich zum Beispiel nur einen Kilometer entfernt, eine private Firma, die für die ganze Region ein Gartencenter führt. Oder auch der Sohn von Andrea Hämmerle tätig zusammen mit zwei Freunden – alles junge Leute – grosse Investitionen, um Direktvermarktung zu machen. Diese Betriebe werden durch die Konkurrenz echt getroffen und es ist nicht auszuschliessen, dass gewisse Betriebe sogar in ihrer Existenz gefährdet sein könnten.

Wir befinden uns in einem Verdrängungswettbewerb in der Region, wo jedes zusätzliche Angebot effektiv zu Schaden bei einem andern führen kann.

Es besteht ein grosser Interessenskonflikt zwischen diesen Zielen der Klinik und der Anstalt einerseits und der Weiterbeschäftigung der privaten Arbeitnehmerschaft andererseits. Klar, auch diese Kliniken und Anstalten haben Arbeitnehmer – auch das sind sehr wichtige Arbeitsplätze.

Aus dieser Situation heraus möchte ich folgende Fragen genereller Natur stellen, und zwar nicht nur bezogen auf Realta:

- Ist sich die Regierung dieser Problematik bewusst?
- Wo sieht sie die Prioritäten in diesen Interessenskonflikten?

- Ist sich die Regierung auch bewusst, dass dadurch private Arbeitsplätze gefährdet werden können und wie ist die Finanzierung dieser Aktivitäten geregelt?
- Haben solche öffentlichen Anstalten die gleichen Bedingungen zur Produktion und zum Absatz, wie die privaten Gewerbebetriebe?

Stiffler: Ich habe Fragen zur Seite 222, Tierbestände im Gutsbetrieb Realta. Unter „Schlachtungen im Betrieb“ lese ich, dass 58 Stück Rindvieh, 238 Stück Schweine und 53 Stück Schafe geschlachtet wurden. Meine erste Frage: Wo wird dieses Fleisch verwertet und wohin wird es verkauft?

Meine zweite Frage betrifft den Titel „andere Gründe“. Es steht geschrieben, dass 19 Stück Rindvieh, 349 Stück Schweine und 25 Stück Schafe irgendwo verschwunden sind. Was ist mit diesen Tieren geschehen? Ich möchte eine Antwort darauf, was der Begriff "andere Gründe" bedeutet.

Koch: Ich spreche zur Kantonspolizei. Wir lesen von einer Bestandreduktion von 370 auf 357 Polizistinnen und Polizisten. Dabei kommen immer mehr auch sicherheitspolitische Aufgaben sowie die Lenkung des Schwerverkehrs auf der San Bernardino Route massiv zum Tragen. Dazu werden von einzelnen Polizeiposten weiterhin und immer wieder Personen abgezogen, um den Verkehr auf der San Bernardino-Strecke zu regeln oder diese Sicherheitsaufgaben zu übernehmen.

Wir lesen, dass die allgemeine Polizeipräsenz reduziert werden musste und das Ziel, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu stärken, nicht erreicht werden konnte.

Fragen an den Herrn Regierungsrat:

- Wie sieht die Personalsituation heute aus?
 - Kommen erhebliche Bestände aus den Polizeicorps der Ostschweiz zur Regelung des Verkehrs auf der San Bernardino Route zum Einsatz, damit die Polizeiposten wieder normal belegt werden können?
 - Wann kommen die Leute aus der Polizeischule dazu?
- Das wäre Fragenkomplex eins.

Im Fragenkomplex zwei geht es mir um das neue Pilotprojekt der Kantonspolizei, nach welchem Kriminal- und Verkehrspolizei neu als so genannte Allrounder wirken sollen. Es ist fraglich, ob ein ausgebildeter Kripo-Beamter für Verkehrsunfälle zu gebrauchen ist oder umgekehrt. Dazu sollen verschiedene Polizeiposten aufgelöst werden. Da ich diesem Pilotprojekt sehr skeptisch gegenüberstehe, frage ich nach den Stand der heutigen Situation, ob man schon Erfolg oder Misserfolg festgestellt hat – nicht nur, und das ist das Wesentliche, betreffend finanzielle Einsparungen, sondern vor allem auch in Bezug auf das, was zum Nutzen der Bevölkerung zu Tragen käme.

Farrér: Ich habe eine Bemerkung zu 3. Kriminalpolizei, a) Aktivitäten. Ich zitiere den letzten Satz auf Seite 224: Im Bereich des Sexualstrafrechts gelangten 64 (51) Delikte zur Anzeige, wovon 10 als schwer einzustufen waren. In 15 Fällen waren Kinder beteiligt.

Mich beschäftigt diese Aussage in zweierlei Hinsicht. Erstens einmal die Anzahl der Delikte entwickelt sich bedauerlicherweise negativ. Und zum Zweiten und zum Traurigsten in dieser Thematik: Ich meine, allein die Tatsache, dass ein Kind betroffen ist, also Opfer ist, ist für mich Grund genug, diese Verbrechen – ich meine es sind Verbrechen – als schwer einzustufen. Ich kann mir deshalb nicht erklären, wieso nur 10 Delikte als schwer eingestuft werden, obwohl 15 Kinder betroffen waren.

Zarro: Ich rede zu Verkehrspolizei, b) Aktivitäten. Grossrat Leo Koch hat schon eine Frage gestellt, die auch ich stellen wollte. Zum Stützpunkt San Bernardino möchte ich fragen, ob die Stellenzahl gleich bleibt oder ob sie angehoben wird. Ich möchte keine „captatio benevolentiae“ jetzt in diesem Saal verlangen, aber ein Lob muss ich aussprechen, und zwar von meiner Seite und auch von der Bevölkerung im Misox, für das, was die Polizei in diesen schwierigen Momenten geleistet hat.

Herr Regierungsrat, bleibt die Anzahl Stellen gleich oder wird sie erhöht?

Capaul: Zum Schluss der Abteilung Polizei möchte ich nicht der Regierung eine Frage stellen, sondern der SP-Fraktion. Ich möchte die SP-Fraktion fragen, ob sie im Falle von Herrn Reinhart nichts zu sagen hat. Ich würde meinen, wenn die Parteispitze voreilig einen Rücktritt eines Unschuldigen verlangt, wäre wenigstens eine Entschuldigung der Fraktion beim Landesbericht angebracht. Das sage ich Ihnen bewusst, weil ich auch den Polizist, der fast erschossen wurde und immer noch darunter leidet, gut kenne. Und ausserdem ist mir auch bekannt, dass viele andere Polizisten über das Vorgehen der SP-Spitze sehr befremdet waren. Dieser Meinung habe ich mich von Anfang an angeschlossen.

Standesvizepräsident Tell: In der Regel gehen die Fragen schon an die Vertreter der Regierung.

Regierungsrat Engler: Frau Grossrätin Meyer fragt nach der Belegung des Sennhofs und der Strafanstalt Realta und nach den Überlegungen, die dazu geführt haben, dass zur Zeit eine Arbeitsgruppe die Konturen einer künftigen Gefängnispolitik in diesem Kanton skizziert.

Wenn Sie nach dem Zeitpunkt fragen – warum jetzt – so gibt es einen guten Grund dafür. Wir stehen im Moment unmittelbar vor Ausführung der Bauarbeiten zur Erhöhung des Gebäudes in Realta und der Schaffung des Ausschaffungsgefängnisses. Es ist also der letzte Moment, in dem man sich noch Überlegungen in diese Richtung machen kann, bevor hier Investitionen getätigt werden.

Die Gründe, weshalb der Bestand sowohl im Sennhof als auch in Realta zurückgeht, sind vielfältig. Zum einen bestehen im ganzen Land Überkapazitäten sowohl für den geschlossenen als auch für den halboffenen Strafvollzug. Wir stellen fest, dass auch die Kantone des ostschweizerischen Konkordats zuerst ihre eigenen Kapazitäten füllen, bevor sie die Strafgefangenen in einen anderen Kanton schicken und dort auch entsprechende Abgeltungen zu leisten haben. Wir stellen ausserdem fest, und das ist eine gesamtschweizerische Tendenz, neue Formen des Strafvollzugs haben dazu geführt, dass diese Belegungen im ganzen Land zurückgegangen sind. Wenn ich neue Formen des Strafvollzugs nenne, so gehört die gemeinnützige Arbeit dazu, so gehören aber auch neue Voraussetzungen für die Halbgefängenschaft dazu, dazu gehört aber auch eine Veränderung der Judikatur, der Gerichtspraxis, in der Frage des bedingten Strafvollzugs. All das sind Gründe, die dazu geführt haben, dass die Belegungen in unseren Gefängnissen auf ein Ausmass zurückgegangen sind, bei dem man sich nun tatsächlich Gedanken darüber machen muss, wie eine bündnerische Gefängnispolitik aussehen könnte. Ich habe vor rund einem Monat eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt, die mir diese Woche den Schlussbericht unterbreiten wird. Auf Grund dieses Schlussberichtes wird die Regierung beispielsweise zu entscheiden haben, ob sie nun tatsächlich an diesem Entscheid

festhalten und das Ausschaffungsgefängnis in Realta realisieren will oder ob sie nicht eine andere Möglichkeit mit vielen betrieblichen Vorteilen und auch Vorteilen bei der Finanzierung der Investition an einem anderen Ort findet. Ich möchte die Katze hier noch nicht aus dem Sack lassen, weil diese letzte Sitzung erst nächsten Freitag stattfinden wird und die Regierung die entsprechenden Anträge nicht kennt. Was ich nicht sehe, das kann ich Ihnen heute schon sagen, ist eine Schliessung des Sennhofs. Das die beiden Fragen zur Strafanstalt Sennhof und Realta, soweit es um die Belegungen ging und soweit es um – das scheint mir eigentlich viel wichtiger – die Konturen einer künftigen Gefängnispolitik in diesem Kanton geht, wie man die beiden Haftanstalten besser aufeinander abstimmen kann und welche Angebote von diesen beiden auch zur Verfügung stehen sollen.

Grossrat Hess und Grossrat Stiffler sprechen die Gutsbetriebe in Realta und Waldhaus an und stellen fest, dass hier der Staat als Konkurrent im Bereiche des Verkaufs von Lebensmitteln und auch von Pflanzen auftritt.

Grossrat Hess hat den Interessenkonflikt ganz richtig dargestellt. Aus Sicht des Staates geht es darum, diese 40 Gefangenen in Realta möglichst sinnvoll auszulasten und ihnen eine sinnvolle Arbeit zu geben. Dabei entstehen natürlich Produkte. Es stellt sich dann die Frage, was mit diesen Produkten geschehen soll. Darin, dass das zu einer Konkurrenz führen kann und auch führt, bin ich mit Ihnen einig. Für mich entscheidend ist die Frage, zu welchen Preisen diese Produkte letztlich in diesen Läden abgesetzt werden. Und ich halte es mit Ihnen, dass es nicht sein kann, dass Quersubventionierungen passieren, die eine Preisgestaltung ermöglichen würden, die deutlich unter dem Markt liegt. Es wird unsere Aufgabe sein, die entsprechende Kostenwahrheit in diesen Betrieben zu verlangen, damit man mindestens von gleich langen Spiessen in diesem Wettbewerb sprechen kann. Dass es zu einem Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern kommt, kann man meines Erachtens nicht verhindern und das soll man auch nicht bekämpfen. Allerdings müssen die Voraussetzungen gleich sein, es dürfen keine Quersubventionierungen passieren.

Auch bezüglich der Bedingungen, wenn Sie Hygiene- oder andere Bedingungen und Auflagen der Lebensmittelkontrolle ansprechen, bin ich mit Ihnen einverstanden, dass selbstverständlich der gleiche Standard zu gelten hat, und zwar unabhängig davon, ob das einen halbstaatlichen Betrieb oder einen privaten Betrieb betrifft.

Zur Frage von Grossrat Stiffler: Er hat sich dazu in diesem Frühling bereits einmal im Bündner Tagblatt geäussert. Er hat kritisiert, dass in Realta bezüglich Deklaration offenbar mit ungleich langen Spiessen gearbeitet werde gegenüber seinem eigenen und anderen Betrieben in der Branche. Ich kann Ihnen sagen, der Lebensmittelinspektor hatte auf diesen Zeitungsartikel sofort reagiert. Er war schon im April in Realta und hat den Betrieb kontrolliert und kam dabei zum Schluss, dass sämtliche Auflagen im Betrieb in Realta erfüllt werden und auch aus Sicht der Lebensmittelhygiene die entsprechenden Vorschriften eingehalten werden.

Nun fragt Herr Grossrat Stiffler, was mit diesem Fleisch passiere, das hier in Realta gewonnen wird und was mit diesen Tieren passiere, die unter "andere Gründe" genannt würden. Unter "andere Gründe" sind natürliche Abgänge zu verstehen, die in jedem Stall eintreten können – Tiere, die eingegangen sind. Man sagt mir, dass diese Zahlen im üblichen Rahmen seien und da nicht etwa ein Ausreisser vorhanden sei. Bezüglich der Fleischverwertung der geschlachteten Tiere: Diese dienen selbstverständlich der Eigenversorgung der

Betriebe in Realta und Beverin, ein kleiner Anteil, gemessen am Ganzen, soll der Direktvermarktung zu Gute kommen und wie es Grossrat Hess gesagt hat, werden in diesem Landen auch Fleischartikel verkauft.

Das sind die Antworten auf die Fragen der Grossräte Stiffler und Hess.

Grossrat Hess, die Problematik ist mir sehr bewusst. Ich denke, man muss über die Kostenwahrheit in diesen Spezialbetrieben erreichen, dass mit gleich langen Spiessen auf diesem Markt gekämpft werden kann. Auf der anderen Seite finde ich es richtig und notwendig, dass den Insassen sinnvolle Beschäftigungen angeboten werden und die sind im Landwirtschaftsbereich – unter kundiger Anleitung und Führung des Betriebes – auch möglich.

Herr Grossrat Koch stellt verschiedene Fragen zu zwei Projekten der Kantonspolizei, die zwar etwas miteinander zu tun haben, aber separat geführt werden und die auch einen unterschiedlichen Projektstand erreicht haben. Beim einen geht es um die Personalplanung bei der Kantonspolizei und beim zweiten Projekt geht es um ein Reorganisationsprojekt der Kantonspolizei, welches in einer Pilotphase steckt. Es ist genau das Ziel der Pilotphase, die Vor- und Nachteile einer Reorganisation herauszufinden. Man wird die Ergebnisse dann evaluieren müssen. Es ist heute viel zu früh, hierüber bereits Spekulationen machen zu wollen. Ich habe mich dafür ausgesprochen, das zuerst einmal auszuprobieren und dann korrekt zu evaluieren, bevor man das ganzheitlich über den ganzen Kanton anordnet. Es gibt verschiedene Inhalte dieses Projektes und verschiedene Zielsetzungen, die mit diesem Reorganisationsprojekt verfolgt werden. Wir haben hier kaum Zeit, um auf diese Zielsetzungen umfassend einzugehen. Es geht aber darum, zu versuchen, die Synergien zwischen der Verkehrspolizei und den einzelnen Polizeibezirken besser zu nutzen. Man will auch eine Verflachung der Hierarchien erreichen, um damit auch Fachlaufbahnen für die Polizisten zu ermöglichen. Man will einen Chef in einem Raum und nicht mehrere Chefs in einem Raum und man will letztendlich auch eine Verstärkung der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit erreichen. Ob diese Zielsetzungen mit diesem Projekt erreichbar sind, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen. Ich selber bin gespannt, wie das Ende Jahr oder anfangs nächstes Jahres evaluiert wird und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Das zweite Projekt ist die Bestandesplanung bei der Kantonspolizei. Auch dieses Projekt beschäftigte den Grossen Rat und die Geschäftsprüfungskommission schon seit einiger Zeit. So hat im Jahre 2000 die GPK von der Kantonspolizei verlangt, man soll die Festlegung des Sollbestandes planen und die nächsten Polizeischulen auf die Grundlage einer aktualisierten Bestandesplanung setzen. Das Projekt Erhöhung der Bestände wird im Moment bearbeitet.

Es ist nicht so, dass wir zur Zeit fremde Polizisten benötigen, um den Verkehr am San Bernardino zu regeln – es sind keine Konkordatspolizisten mehr da. Das war im Monat November letzten Jahres der Fall, da wurde uns aus der Ostschweiz ausgeholfen. Wir werden aber mit der Durchführung des WEF's immer auf Polizisten aus anderen Kantonen angewiesen sein.

Wir haben im Frühjahr dieses Jahres eine neue Polizeischule mit 28 Absolventen, davon 3 Absolventinnen begonnen. Diese werden im Dezember ihre Ausbildung an der Polizeischule abschliessen und damit den Effektivbestand auf rund 375 ansteigen lassen. Das vielleicht eine kurze und knappe Darstellung der Ausgangslage, wie sie sich jetzt präsentiert.

Ich bin auch mit Ihnen, Herr Grossrat Farrér, einverstanden, dass jedes Delikt, in dem Kinder Opfer sind, eines zu viel ist und jedes auch ein gravierendes, schlimmes Delikt ist. Wenn hier differenziert wird im Grad der Tragweite und der Schwere, so hat das mit der Intensität der Betroffenheit zu tun. In fünf von diesen 15 Fällen hat sich herausgestellt, dass nicht so viel dran war, wie angenommen und wie ursprünglich der Verdacht die Verzeigung begründet hatte. Es hat also nichts damit zu tun, dass hier gewisse Delikte mit Kindern bagatellisiert würden, ganz im Gegenteil. Bei der Polizei und auch bei den Untersuchungsbehörden ist hier eine hohe Sensibilität und Wachsamkeit vorhanden. Aber Sie haben recht, jedes Opfer ist eines zu viel.

Zur Verkehrspolizei San Bernardino: Danke für die Blumen, Grossrat Zarro. Wir wollen die Basis San Bernardino selbstverständlich im heutigen Umfang erhalten. Auch hier spielt das Projekt der Reorganisation der Kantonspolizei in Zukunft vielleicht einmal eine Rolle. Wir sind aber noch nicht so weit in der Planung, dass ich Ihnen hier für die weitere Zukunft Aussagen machen könnte. Für uns ist das heute ein bedeutender Verkehrsstützpunkt. Ein Verkehrsstützpunkt, bei dem die mitarbeitenden Männer und Frauen, Polizistinnen und Polizisten gerade in diesen letzten Wochen und Monaten immense Arbeit geleistet haben. Viele Frei- und Ferientage konnten nicht eingezogen werden. Und wir registrieren auch sehr viele Überstunden, die sich hier angehäuft haben und die wir korrekt mit den Polizistinnen und Polizisten

abwickeln wollen. Es besteht keine Absicht, den Bestand am Stützpunkt San Bernardino abzubauen.

Stiffler: Ich weiss, dass das Mittagessen wartet, aber ich muss meinen lieben Regierungsrat Stefan Engler doch darauf aufmerksam machen, dass "andere Gründe" nicht normale Abgänge sein können – bei 393 Stück Tieren. Wenn unter dem Begriff „andere Gründe“ auf „gut Deutsch“ verendete Tiere zu verstehen sind, müsste man in dieser Anstalt Realta sofort etwas unternehmen. Wenn 349 Schweine irgendwo unter dem Begriff "andere Gründe" aufgeführt werden, dann habe ich mit dieser Begründung Mühe. Ich hoffe, er kann mir dazu beim Mittagessen noch etwas sagen.

Schlussabstimmung

Für die Genehmigung des Landesberichtes	82	Stimmen
Dagegen	0	Stimmen

Es ist eingegangen:

- eine Motion Barandun betreffend Herabsetzung des Absoluten Mehr bei Regierungsratswahlen.

(Schluss der Sitzung: 12.20 Uhr)

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Vitus Locher

Der Protokollführer: Peter Gadiant